

RT DE: News, Analyse und Meinung

Artikel der Woche, 06.09.–12.09.2024

Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse.....	20
Meinung.....	27

News

Dresdner Carolabrücke in Elbe gestürzt

<https://freedert.online/inland/218780-dresden-carolabruecke-in-elbe-gestuerzt/>

11.09.2024

Die Carolabrücke in Dresden ist teilweise eingestürzt. Der Teil mit den Straßenbahngleisen fiel in der Nacht zum Mittwoch in die Elbe. Verletzte soll es nicht gegeben haben. Die Ursachen des Einsturzes sind noch unklar. Die Feuerwehr ist im Großeinsatz.

In der Nacht zum Mittwoch ist die Carolabrücke in Dresden teilweise eingestürzt. Wie die Feuerwehr mitteilt, ist aus noch unbekannter Ursache in den frühen Morgenstunden der Teil, auf welchem die Straßenbahnen verkehren, in die Elbe gestürzt. Betroffen sei ein Abschnitt von etwa 100 Metern. Die Feuerwehr sei um 3:08 alarmiert worden. In ihrer Mitteilung heißt es:

"Aus noch unbekannter Ursache ist es in den frühen Morgenstunden zu einem Teileinsturz der Carolabrücke gekommen. Auf einer Länge von etwa 100 Metern ist der Teil, auf welchem normalerweise die Straßenbahnen verkehren, in die Elbe gestürzt. Am Brückenkopf auf der Altstädter Seite hat sich auf einer Länge von etwa einem Meter ein Spalt gebildet. Darüber hinaus ist es in diesem Zuge zu einem Defekt an zwei 500er Leitungen der Fernwärme gekommen. Das ausströmende Wasser hat Teile des Terrassenufers komplett unter Wasser gestellt. Durch die Einsatzkräfte wurde der gesamte Bereich um die Carolabrücke sowie die Brücke selbst gesperrt. Davon betroffen ist auch der Elberadweg, das Terrassenufer sowie die Bundeswasserstraße Elbe. Personen kamen bislang nicht zu

Schaden."

Die Bevölkerung ist aufgerufen, den Bereich weiträumig zu meiden:

"Gegenwärtig finden sich die Sachverständigen der einzelnen Gewerke, der Stadtverwaltung und aller beteiligten Partner ein, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Auf Grund des Defektes der Fernwärmeleitungen fällt im gesamten Stadtgebiet momentan die Fernwärme aus. Wir bitten die Bevölkerung, den Bereich weiträumig zu meiden und die Einsatzkräfte nicht zu behindern! Wir informieren über die Kanäle der Feuerwehr und der Landeshauptstadt Dresden bei Facebook, Instagram und Threads über die weiteren Einsatzmaßnahmen."

Ermittlungen zu den Ursachen des Einsturzes seien aufgenommen worden, heißt es. Weitere Brückenteile sind laut einer Mitteilung der Stadt Dresden akut einsturzgefährdet. Wie ein *MDR*-Reporter berichtete, hängt auch ein zweites Brückensegment durch.

Die Carolabrücke ist eine der wichtigsten Brücken Dresdens. Auf ihr können Autos, Straßenbahn, Radfahrer und Fußgänger auf eigenen Spuren die Elbe überqueren. Erst seit September gibt es eine Radfahrerspur mehr und dafür eine Autospur weniger. Für das kommende Jahr waren Bauarbeiten geplant.

Schon im Vorfeld der Arbeiten war im Stadtrat immer wieder von Ermüdungserscheinungen am Bauwerk aus den 1970er Jahren die Rede. Der nun eingestürzte Teil sollte als letztes auf Vordermann gebracht werden, nachdem die Arbeiten an den beiden Autospuren abgeschlossen sind.

"Dass der Zustand im Brückenzug C so schlimm ist, dass es zum Einbruch gekommen ist, war nicht vorhersehbar. Man steckt in so einem Bauwerk halt nicht drin", sagte Holger Kalbe, Abteilungsleiter vom Straßen- und Tiefbauamt Dresden. Nun gelte es, eine Gefahr für die beiden anderen Brückenteile auszuschließen.

Sachsenenergie arbeitet an Fernwärmeversorgung

Bei dem Brückeneinsturz seien große Mengen Heißwasser ausgetreten. Mittlerweile wäre das Leck an der Unglücksstelle von Spezialisten abgedichtet worden. Laut einem aktuellen *MDR*-Bericht arbeite das Unternehmen Sachsenenergie mit hoher Intensität daran, die Fernwärmeversorgung der gesamten Stadt über intakte Leitungsteile wieder herzustellen. Um den Druck im Fernwärmesystem zu stabilisieren würde im Moment würde riesige Mengen an Heißwasser erzeugt und aus Speichern zum Beispiel des Kraftwerkes Reick ergänzt.

Gegen 10 Uhr berichtete der Focus über erste Vermutungen zur Einsturzursache. Demnach könnte die Brücke von starker Korrosion betroffen gewesen sein. Holger Kalbe erklärte dazu: "Wir haben hier zu DDR-Zeiten massiven Chlorid-Eintrag gehabt." An der Bruchstelle habe ein Mast der Verkehrsbetriebe gestanden. Es sei denkbar, "dass an der Stelle massiv die Chloride eingedrungen sind und dort im Inneren der Brücke zu einer Korrosion der Bewehrung geführt haben." so der Abteilungsleiter vom Straßen- und Tiefbauamt Dresden.

Die bestehenden Brückenteile blieben ihm zufolge bis auf Weiteres gesperrt. Die übrigen Brückenzüge könnten nicht freigegeben werden, bevor nicht die gesamte Konstruktion überprüft worden sei.

* * *

* * *

Schweiz: Grünliberale Politikerin schießt aus Spaß auf Maria und Jesus

<https://freedert.online/schweiz/218412-schweiz-gruenliberale-politikerin-schiesst-aus/>

07.09.2024

Die Schweizer Grünliberale Politikerin Sanija Ameti schoss auf eine Abbildung von Maria und dem Jesuskind und postete das durchlöchernte Bild auf Instagram als Provokation, um mehr Likes zu generieren. Die Aktion ging jedoch nach hinten los.

Sanija Ameti, eine Schweizer Politikerin der Grünliberalen Partei (GLP) und nach eigenen Angaben Muslimin, sorgte heute Morgen für heftige Diskussionen, als sie auf Instagram Bilder veröffentlichte, die sie beim Schießen auf eine Abbildung von Maria und dem Jesuskind zeigten.

Besonders unter Christen stieß dieser Post auf großes Unverständnis und Empörung.

Kind als Zielscheibe zum Abschalten

Ameti, die den Schießsport nach eigenen Aussagen zur Entspannung betreibt, verteidigte ihre Wahl der Zielscheibe zunächst mit der Erklärung, dass sie zufällig ein Bild aus einem Kunst Katalog verwendet habe, ohne den religiösen Kontext zu berücksichtigen.

Scheinbar ebenso "zufällig" postete sie zwei Bilder, auf denen zahlreiche Einschusslöcher in die Abbildung der religiösen Figuren zu sehen waren, zusammen mit dem Kommentar "Abschalten". Besonders kritisch wurde aufgenommen, dass sie ausgerechnet ein Bild des Jesuskindes als Zielscheibe verwendete.

Als Schweizer Medien auf die möglichen Konsequenzen ihrer Aktion aufmerksam machten, insbesondere die Verletzung religiöser Gefühle und die rechtlichen Folgen einer solchen Handlung, entschuldigte sich die EU-Beitrittsbefürworterin Sanija Ameti umgehend. Sie bezeichnete ihr Verhalten als unbedacht und "dumm" und betonte, dass sie sich dabei nichts gedacht habe.

Die Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten. Viele betrachteten diesen Vorfall als erneuten Skandal in einer Reihe von Kontroversen, in die Ameti bereits verwickelt war – darunter Kosovo-Wahlplakate und ein Auftritt in der Schweizer Uniform, der eine Geldstrafe nach sich ziehen könnte.

Die jüngste Aktion, bei der sie auf ein Bild von Maria und Jesus schoss, wurde jedoch als Überschreitung einer roten Linie empfunden.

Ameti, die sich auch als lautstarke Unterstützerin der Ukraine positioniert, steht nun im Kreuzfeuer der Kritik.

Während ihre politische Haltung in Bezug auf die Ukraine bei den Grünliberalen auf Unterstützung stößt, haben ihre Handlungen in Bezug auf religiöse Symbole eine breite Welle der Empörung ausgelöst.

Inzwischen hat die Politikerin den umstrittenen Instagram-Post gelöscht. Ob sie weiterhin bei den Grünliberalen bleibt oder einen Rücktritt in Erwägung zieht, bleibt unklar – das weiß wohl nur Gott.

* * *

Brandenburg-Umfrage: AfD kann erneut zulegen und liegt deutlich vorn

<https://freedert.online/inland/218267-brandenburg-umfrage-afd-kann-deutlich/>

06.09.2024

In zwei Wochen wird in Brandenburg ein neuer Landtag gewählt. Eine aktuelle Umfrage sieht die AfD weiterhin als stärkste Kraft und mit Zugewinnen. Dahinter liegt die regierende SPD. Die Grünen müssen auch in Brandenburg um den Einzug in den Landtag bangen.

Gut zwei Wochen vor der Landtagswahl in Brandenburg bleibt die AfD auch dort laut einer aktuellen Umfrage stärkste Kraft – und kann sogar deutlich zulegen. Im sogenannten "BrandenburgTrend", den das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap im Auftrag des *rbb* durchgeführt hat, kommt die AfD auf 27 Prozent, vier Prozentpunkte mehr als im Juli.

Ebenfalls vier Prozentpunkte zulegen kann die Regierungspartei SPD von Ministerpräsident Dietmar Woidke, die sich von 19 auf nun 23 Prozent steigert, den Abstand zur führenden AfD damit allerdings nicht verringern kann. Es folgen die mitregierende CDU mit 18 und das BSW mit 15 Prozent. Beide Parteien verlieren gegenüber der letzten Umfrage einen Prozentpunkt.

Die ebenfalls mitregierenden Grünen verlieren gleich zwei Prozentpunkte und würden mit fünf Prozent nur knapp den Wiedereinzug in den Landtag schaffen. Unter der Fünfprozentmarke blieben die Linke mit vier Prozent und BVB/Freie Wähler mit drei Prozent, die jeweils einen Prozentpunkt verlieren. Derzeit sind beide noch im Landtag vertreten. Alle anderen Parteien zusammen – unter ihnen die FDP – kommen nur auf fünf Prozent.

Gefragt wurde auch nach den wichtigsten politischen Problemen, die in Brandenburg zu lösen seien. Ganz vorn steht hier mit 40 Prozent das Thema Flucht und Zuwanderung. Es folgt mit 26 Prozent der Themenbereich Bildung und Schule, dann Mobilität und Verkehr mit 12 Prozent der Befragten. 11 Prozent halten die medizinische Versorgung im Land für das wichtigste Thema. Dann erst folgen Umwelt und "Klima" mit 7 Prozent und Wohnen und Miete mit 6 Prozent. Themen wie die deutsche Rolle im Ukraine-Konflikt und die Stationierung neuer US-Waffen wurden nicht abgefragt.

Der umstrittene Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach kommentierte die Umfrage mit einer Warnung vor der AfD. Er schrieb auf X:

"Jeder, der AfD stoppen will, muss in Brandenburg Dietmar Woidke und SPD wählen. AfD bedeutet wirtschaftlichen Abschwung, Ärzteflucht und Pflegemangel durch Wegzug aus der Region. Das hätte Brandenburg nicht verdient."

Ein Nutzer kommentierte:

"Haben wir denn momentan keinen wirtschaftlichen Abschwung, Ärzteflucht und Pflegemangel durch Wegzug aus der Region? Falls doch, wie hat die AfD das hinbekommen?"

* * *

Baerbocks Ministerium attackiert Trump auf X – und scheitert

<https://freedert.online/inland/218890-baerbocks-ministerium-attackiert-trump-auf/>

11.09.2024

Eigentlich nicht überraschend: Donald Trump erwähnt die deutsche Energiepolitik als abschreckendes Beispiel, und das Ministerium von Annalena Baerbock meint, eingreifen zu müssen. Aber irgendwie waren alle Leser dieses Tweets ganz anderer Meinung.

Das deutsche Auswärtige Amt fühlte sich berufen, auf Aussagen im Fernsehduell zwischen Donald Trump und Kamala Harris zu reagieren. Trump hatte erwähnt, die Energiepolitik habe katastrophale Folgen für Deutschland. Das konnte das grün geführte Ministerium selbstverständlich nicht auf sich beruhen lassen.

"Ob es gefällt oder nicht: Deutschlands Energiesystem ist voll funktionsfähig, mit mehr als 50 Prozent Erneuerbaren. Und wir schließen Kohle- und Kernkraftwerke – und bauen sie nicht. Kohle wird spätestens 2038 aus dem Netz verschwinden. PS: Wir essen auch keine Katzen und Hunde."

Wer auch immer meinte, damit Freunde zu gewinnen, hat sich jedenfalls gründlich getäuscht.

"Wann wird die plappernde 360-Grad-Plagiatorin und Lebenslauffälscherin den USA den Krieg erklären", lautete eine der deutschsprachigen Antworten. "Diplomatischer Totalausfall" lautete eine weitere. "Nichteinmischung in ausländische Wahlkämpfe, die Zeiten sind wohl vorbei bei einer feministischen Außenpolitik. Naja, nur noch ein Jahr, dann ist auch diese Politik Geschichte", war ein weiterer Einwurf.

Aber schließlich wurde dieser Kommentar auf Englisch geschrieben, also sorgte er auch für internationalen Spott:

"Natürlich, ihr braucht keine Energie mehr. Schaut auf eure Wirtschaft – sie schmilzt weg, und eure Verbraucher zahlen astronomische Preise für Energie. Zeigt mir zehn Deutsche, die mit ihrer Regierung heute zufrieden sind. Die Welt kann gar keine fossilen Brennstoffe mehr verbrauchen, und der Klimawandel wird weitergehen, denn das ist es, was das Klima tut – es ändert sich. Es hat sich jetzt Milliarden Jahre lang geändert, und es wird sich weitere Milliarden Jahre ändern, wenn die Menschen von diesem Planeten verschwunden sind. Manchmal ist es heiß wie die Hölle, und manchmal fühlt es sich an wie die dunkle Seite des Mondes."

Weniger poetisch war ein Hinweis auf den Vergleich der europäischen Strompreise.

Oder freundliche Grüße aus dem Nachbarland:

"Ihr erzeugt mehr Kohlenstoff-Emissionen als Frankreich, bei teurer und weniger verlässlicher Energie."

Oder aus den USA:

"Das ist eine blanke Lüge. Das dysfunktionale System der Erneuerbaren wird von Kohle und Gas und Atomkraft, die aus Frankreich importiert wird, gestützt. Grüne Lügen. Ihr seid eine miserable Ausrede für eine Regierung und ein Außenministerium. Eine Lachnummer."

Auch Comics wurden bemüht:

"Ihr deindustrialisiert vor unseren Augen und behauptet, alles sei bestens."

Einen Kommentar jedenfalls dürften fast alle Leser unterschreiben:

"Wie konntet ihr das nur schreiben, ohne eine Miene zu verziehen?"

Ein weiterer Punkt für das deutsche Ansehen, nachdem Außenministerin Annalena Baerbock gerade erst vom Außenminister Jordaniens erklärt bekam, warum sie niemand für voll nimmt.

* * *

Schlüsselfigur in Kiews Drohnenprogramm stirbt bei seltsamem Autounfall

<https://freedert.online/international/218613-schluesselfigur-in-kiews-drohnenprogramm-stirbt/>
09.09.2024

Jaroslav Oleinik war verantwortlich für den Ausbau der ukrainischen Drohnenproduktion für Angriffe gegen Russland. Sein Tod ist binnen weniger Tage der zweite Rückschlag für die ukrainische Drohnenkriegsführung nach dem Angriff auf das Schulungszentrum in Poltawa.

Ein Berater des ehemaligen ukrainischen Ministers für strategische Industrien, Alexander Kamischin, starb am Wochenende bei einem Autounfall, nur wenige Tage, nachdem der Minister bei einem größeren Regierungsumbau das Kabinett verlassen hatte. Jaroslav Oleinik half Kiew dabei, die Herstellung von Drohnen auszuweiten, die Russland angreifen sollen.

Die Nachricht vom Tod des 28-Jährigen wurde am Sonntag von Kamischins ehemaliger Stellvertreterin, Anna Gwozdjar, bekannt gegeben und von dem Ex-Minister selbst bestätigt. Oleiniks Ehefrau Nina soll bei diesem Unfall ebenfalls gestorben sein.

Das Nachrichtenportal *Strana* berichtete, es habe Details des Unfalls von einer Quelle in den ukrainischen Strafverfolgungsbehörden erfahren. Demnach wurde Oleiniks Mitsubishi Pajero von einem Mitsubishi L-200, an dessen Steuer ein anderer Angehöriger des Militärs saß, frontal gerammt.

Der andere Fahrer hatte angeblich ein Wildschwein überfahren und war daraufhin auf die Gegenseite geraten. Während die Oleiniks an der Unfallstelle starben, soll eine dritte Person die Kollision überlebt haben und zur Behandlung in einer Klinik sein. Der Unfall geschah kurz vor Mitternacht am Samstag in der Region Schitomir, sagte die Quelle.

In Interviews hat Oleinik erklärt, er trage gegenüber der Regierung die Verantwortung für das gesamte Drohnenentwicklungsprogramm des Ministeriums. Zuvor hatte er als Drohnenpilot in der ukrainischen Armee gedient und war ein aktiver Unterstützer des Krieges.

Erst letzte Woche hatte Kamischin erklärt, die Ukraine habe größere Erfolge bei der Erweiterung der heimischen Waffenproduktion zu verzeichnen, und beklagte, der Geldmangel hindere ihn daran, mehr zu erreichen. Es sei für ihn "peinlich", nicht mehr Waffen zu produzieren, sagte er auf *CNN*. Er begleitete auch den ukrainischen Staatschef Wladimir Selenskij nach Deutschland, um an dem Treffen mit westlichen Regierungsmitgliedern in Ramstein zu Waffenlieferungen teilzunehmen.

Nachdem Kamischin aus dem ukrainischen Kabinett ausgeschieden war, wurde er zum Berater für strategische Fragen im Stab Selenskis. Seine unmittelbaren Pläne betrafen unter anderem die Leitung des Internationalen Schachbundes, um Russland auszuschließen.

Die ukrainischen Drohnenkräfte erlitten vergangenen Dienstag einen deutlichen Rückschlag, als

eine russische Rakete ein Ausbildungszentrum in der Stadt Poltawa traf. Der Angriff tötete Rekruten und Ausbilder, die in verschiedenen wichtigen Bereichen spezialisiert waren, darunter die unbemannte Kriegsführung, und führte zur Entlassung von Roman Gladki als Kommandeur der ukrainischen Drohneinsätze.

* * *

CNN: Ukraine setzt Feuer speiende "Drachendrohnen" gegen Russland ein

<https://freedert.online/europa/218463-cnn-ukraine-setzt-feuer-speiende/>

08.09.2024

Die ukrainischen Truppen setzen im Krieg gegen Russland erstmals Drohnen als fliegende Flammenwerfer ein. Darüber berichtet CNN. Demnach kommt dabei eine moderne Variante der historischen Thermit-Munition zum Einsatz, die extrem hohe Temperaturen erzeugt und sich durch Metall schmelzen kann.

Die Ukraine hat mit dem Einsatz von Drohnen begonnen, die Thermit, ein geschmolzenes Metall, auf die russischen Truppen an der Front abwerfen, wie *CNN* berichtet. Die Brandmunition wurde in Deutschland entwickelt und im Zweiten Weltkrieg sowohl von den Nazis als auch von den Alliierten in großem Umfang eingesetzt.

Im Laufe der Woche veröffentlichten mehrere Telegram-Kanäle, die mit dem ukrainischen Militär in Verbindung stehen, Videos von niedrig fliegenden "Feuer speienden" Drohnen, die russische Stellungen in bewaldeten Gebieten angreifen, so der US-Sender in einem Artikel vom Samstag.

Die Drohnen, die den Spitznamen "Drachendrohnen" tragen, weil das geschmolzene Metall, das sie abwerfen, dem Feuer aus dem Maul des mythischen Reptils ähnelt, geben der historischen Thermit-Technologie eine neue Wendung, heißt es darin.

Thermit ist eine Mischung aus Aluminiumpulver und Eisenoxid, die bei Temperaturen von bis zu 2.200 Grad Celsius (4.000 Grad Fahrenheit) brennt. Die Munition kann sich durch Metall schmelzen oder die Vegetation, die den Truppen Deckung bietet, schnell zerstören. Brandwaffen wie Thermit, Napalm und weißer Phosphor sind nach internationalem Recht nicht für den Kampfeinsatz verboten.

Thermit wurde in den 1890er Jahren von dem deutschen Chemiker Hans Goldschmidt ursprünglich für zivile Zwecke entwickelt, jedoch in beiden Weltkriegen "mit grausamer Wirkung" eingesetzt, so der US-Sender.

Während des Zweiten Weltkriegs verließen sich sowohl die Nazis als auch die Alliierten auf Thermit-Bomben, die hauptsächlich nachts abgeworfen wurden, da Präzision nicht erforderlich war. Die Brandbomben richteten während des Konflikts in vielen Städten massive Schäden an, da ihr Einsatz häufig zu Großbränden führte.

Anfang dieser Woche warnte Dr. Iain Overton, der Geschäftsführer der britischen Nichtregierungsorganisation Action on Armed Violence (AOAV), auf X (ehemals Twitter), dass "der weitverbreitete Einsatz von Thermitbomben die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass diese Waffen in bewohnten Gebieten eingesetzt werden. Das Ergebnis könnte katastrophal sein, mit schrecklichen Verletzungen und dem Verlust von Menschenleben unter der Zivilbevölkerung."

Nicholas Drummond, ein Analyst der Verteidigungsindustrie und ehemaliger Offizier der britischen

Armee, erklärte gegenüber *CNN*, dass die Wirkung von Kiews "Drachendrohnen" wahrscheinlich "eher psychologischer als physischer Natur" sein werde. Drummond äußerte die Überzeugung, dass die Ukraine nur über eine begrenzte Kapazität für die Anwendung von Thermit verfüge, sodass es sich eher um eine Nischenfähigkeit als um eine neue Mainstream-Waffe handelt.

Am Freitag erklärte der ehemalige russische Präsident Dmitri Medwedew, der derzeit stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrates des Landes ist, gegenüber *TASS*, dass Russland im Zuge des Konflikts mit der Ukraine weltweit führend bei der militärischen Nutzung von Drohnen geworden sei.

"Es ist offensichtlich, dass wir ... in diesem Bereich einen enormen Aufschwung erfahren haben. Wenn es um Drohnen geht, ist Russland der Platzhirsch. Das ist angesichts der jüngsten Ereignisse eine unbestreitbare Tatsache. Diese Fähigkeiten werden uns sehr nützlich sein", so Medwedew. Ob Russland ebenfalls an der Entwicklung von Flammenwerfer-Drohnen arbeitet oder bereits über solche verfügt, ist nicht bekannt.

* * *

Donald Trump ist gekränkt: Fühle mich von Putin "sehr beleidigt"

<https://freedert.online/international/218452-donald-trump-ist-gekraenkt-fuehle/>

08.09.2024

Donald Trump fragt sich, warum Wladimir Putin sich für seine Rivalin Kamala Harris ausgesprochen hat. Zudem wirft der republikanische Präsidentschaftskandidat dem Weißen Haus vor, falsche Behauptungen über eine russische Wahleinmischung zu verbreiten.

Der republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump sagte, er habe sich "sehr beleidigt" gefühlt, als der russische Präsident Wladimir Putin seine Unterstützung für seine Konkurrentin, US-Vizepräsidentin Kamala Harris, zum Ausdruck brachte.

Auf dem internationalen Wirtschaftsforum in Wladiwostok sagte Putin am Donnerstag auf die Frage, ob er einen "Favoriten" bei den US-Wahlen habe, er werde sich Joe Bidens Empfehlung für Harris anschließen und "sie auch unterstützen".

Putin erklärte, dass "Trump mehr Sanktionen gegen Russland verhängt hat als jeder andere Präsident vor ihm", und deutete an, dass Harris "vielleicht von solchen Maßnahmen absehen würde".

Auf einer Wahlkampfveranstaltung in Mosinee, Wisconsin, warf Trump dem Weißen Haus vor, falsche Behauptungen über eine russische Einmischung in den Wahlkampf zu verbreiten.

Wegen angeblich "böser Einflussnahme" hat das US-Finanzministerium auf Anweisung von Präsident Biden neue Sanktionen gegen Russland beschlossen. Konkret betroffen sind unter anderem *RT* und seine Chefredakteurin Margarita Simonjan. Moskau habe ein weitverzweigtes System von Online-Instrumenten geschaffen, um die US-Öffentlichkeit zu manipulieren, so die Behörde.

"Oh nein, es geht wieder um Russland, Russland, Russland", sagte Trump und betonte, dass der Konflikt in der Ukraine nie stattgefunden hätte, wenn er zu dieser Zeit Präsident gewesen wäre.

"Ich kannte Putin. Ich kannte ihn gut. Und wissen Sie, er hat – ich weiß nicht, ob Sie es neulich gesehen haben – Kamala unterstützt", so Trump weiter. "Ich war sehr beleidigt darüber. Ich frage

mich, warum er Kamala unterstützt hat." Er bezeichnete Putin als "einen Schachspieler" und sagte, er frage sich, ob er über Harris "mit einem Lächeln" gesprochen habe.

Einige US-Nachrichtensender, darunter *CNN*, vermuteten, dass der russische Staatschef Harris "nur trollen" wollte. Putins Sprecher Dmitri Peskow lehnte es ab, zu erklären, was der Präsident meinte, und sagte, dass die US-Innenpolitik für den Kreml keine vorrangige Angelegenheit sei.

Harris selbst hat sich zu der Angelegenheit nicht geäußert. Das Weiße Haus erklärte indes, Putin solle "keinen Kandidaten bevorzugen".

Während seines Wahlkampfes zu seiner Wiederwahl hat Trump wiederholt behauptet, er werde umgehend neue Friedensverhandlungen zwischen Moskau und Kiew arrangieren und den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine "innerhalb von 24 Stunden" lösen. Der Kreml zeigt sich jedoch skeptisch. Peskow sagte kürzlich, dass Trump "keinen Zauberstab" habe und die USA zunächst die Waffenlieferungen an die Ukraine einstellen sollten.

* * *

Iran erwägt Verlegung der Hauptstadt

<https://freedert.online/asien/218466-iran-erwaegt-verlegung-hauptstadt/>

08.09.2024

Der iranische Präsident hat erklärt, es sei notwendig, die Hauptstadt in den Süden zu verlegen, da Teheran unter Wasserknappheit, Bodensenkungen und verschmutzter Luft leide. Für die meisten Einwohner ist ein menschenwürdiges Leben aufgrund der Überbevölkerung unerreichbar.

Das wirtschaftliche und politische Zentrum Irans sollte näher an die Südküste des Landes verlegt werden, da Teheran in seiner Rolle als Hauptstadt unter Problemen leidet, für die es keine andere Lösung gibt. Dies erklärte der iranische Präsident Massud Peseschkian, wie die Nachrichtenagentur *Fars* berichtete. Er sagte:

"Es ist unmöglich, das Land zu entwickeln, wenn wir den derzeitigen Trend fortsetzen. Wenn wir weiterhin Ressourcen aus dem Süden und vom Meer nach Teheran bringen wollen, um sie anschließend zu Produkten zu verarbeiten und für den Export zurück in den Süden zu schicken, wird unsere Wettbewerbsfähigkeit immer weiter sinken."

Die Entwicklung Teherans mit seinen derzeitigen Problemen sei Zeitverschwendung. Als Probleme nannte der Präsident unter anderem Wasserknappheit, Luftverschmutzung und Bodensenkungen.

Es ist nicht das erste Mal, dass die iranischen Behörden eine Verlegung der Hauptstadt in Erwägung ziehen. Das Thema wurde bereits während der Regierung von Präsident Mahmud Ahmadineschad (2005–2013) angesprochen. Im Januar 2013 billigte der Islamische Rat einen Plan zur Verlegung der politischen und administrativen Hauptstadt aus Teheran.

Wie die Nachrichtenagentur *Mashregh* schrieb, halten es jedoch viele Experten für sinnvoller, die ineffiziente und veraltete Infrastruktur Teherans zu modernisieren und die Gebäude gegen Erdbeben zu verstärken, als Geld für die Verlegung der Hauptstadt auszugeben.

Teheran liegt im nördlichen Teil Irans. In der Metropolregion leben etwa 14 Millionen Menschen. Teheran ist die größte Stadt des Landes und eine der am dichtesten besiedelten Städte der Welt.

Die iranische Hauptstadt stehe überdies aufgrund von unglaublich hohen Lebenshaltungskosten, einem lawinenartigen Anstieg der Einwohnerzahl und einer chaotischen Entwicklung "am Abgrund", schrieb die Zeitung The Guardian unter Berufung auf die Einschätzung von Experten. Die iranische wissenschaftliche Vereinigung für Stadtökonomie geht davon aus, dass die Bevölkerung der Stadt die Kapazität ihrer Infrastruktur um mehr als 70 Prozent übersteigt. Daher könnten nur 2,3 Millionen der acht Millionen Menschen, die direkt in der Hauptstadt des Landes wohnen, angemessene Lebensbedingungen gewährleistet werden.

* * *

Medienbericht: USA erlauben Kiew Angriff auf Russland mit Langstreckenraketen

<https://freedert.online/international/218818-medienbericht-usa-erlauben-kiew-angriff/>

11.09.2024

Lange hatte Kiew von Washington die Erlaubnis für den Einsatz von US-Langstreckenraketen auf Ziele tief in Russland gefordert. Unter Verweis auf die Gefahr einer Eskalation hatte die Biden-Regierung dies bislang abgelehnt. Doch laut einem Medienbericht will das Weiße Haus Kiew demnächst grünes Licht geben.

Washington beabsichtigt, die Beschränkungen für die Nutzung der von den USA bereitgestellten ATACMS-Raketen durch Kiew aufzuheben, um tief in russisches Territorium einzudringen, so ein Reporter des Nachrichtenportals *Axios* unter Berufung auf ein prominentes Mitglied des Kongresses.

Die Beschränkungen wurden ursprünglich eingeführt, um den USA und ihren Verbündeten die Möglichkeit zu geben, zu behaupten, sie seien nicht direkt in den Konflikt mit Russland verwickelt, während sie die Ukraine mit 200 Milliarden US-Dollar aufrüsten. Kiew drängt seit Mai auf die Aufhebung der Beschränkungen.

US-Außenminister Antony Blinken will den Politikwechsel bei seinem Besuch in Kiew zusammen mit seinem britischen Amtskollegen David Lammy in dieser Woche ankündigen, berichtete die *Axios*-Journalistin Juliegrace Brufke am Dienstag unter Berufung auf den Kongressabgeordneten Michael McCaul.

"Ich habe vor zwei Tagen mit Blinken gesprochen, und er reist mit seinem britischen Amtskollegen nach Kiew, um ihnen im Grunde zu sagen, dass sie es ihnen erlauben werden [Russland mit ATACMS zu treffen]", sagte McCaul, ein texanischer Republikaner, der den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuss des Repräsentantenhauses innehat, am vergangenen Freitag in einem Interview mit Brufke.

Blinken wird sich am Mittwoch in Kiew aufhalten, um "seine Unterstützung für die Verteidigung der Ukraine zu bekunden", bestätigte der Sprecher des Außenministeriums, Matt Miller. Er kündigte aber keine Änderungen der Politik an.

Bloomberg zitierte Blinken am Dienstag jedoch mit den Worten, er habe Washingtons Sinneswandel "signalisiert", vorgeblich wegen der Behauptung, Iran habe Russland mit ballistischen Raketen beliefert.

"Wir werden uns das Ersuchen der Ukraine ansehen und anhören", sagte Blinken auf einer Pressekonferenz mit Lammy in London. Er fügte hinzu, dass US-Präsident Joe Biden und der britische Premierminister Keir Starmer die "Raketenfrage" am Freitag in Washington diskutieren

werden.

"Wir arbeiten daran", sagte Biden am Dienstag gegenüber Reportern, als er nach dem Einsatz von Langstreckenraketen durch die Ukraine gefragt wurde.

Blinken behauptete, Iran habe trotz monatelanger Warnungen des Westens eine nicht näher bezeichnete Anzahl von Fath-360-Raketen an Russland geliefert, die Moskau "innerhalb weniger Wochen" gegen die Ukraine einsetzen werde.

Teheran hat die Anschuldigung kategorisch zurückgewiesen und betont, dass es keine der beiden Parteien in dem Konflikt unterstütze.

"Es wurde keine Rakete nach Russland geschickt und diese Behauptung ist eine Art psychologische Kriegsführung", sagte der ranghohe Militärkommandeur Fazlollah Nozari am Montag gegenüber iranischen Medien. Der Sprecher des Außenministeriums, Nasser Kanaani, betonte: "Die Ankläger Irans sind diejenigen, die zu den größten Waffenexporteuren für eine Seite des Krieges gehören."

Der russische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Wassili Nebensja, beschuldigte den Westen, "bis über beide Ohren" in den Ukraine-Konflikt verwickelt zu sein, und sagte, die Frage der Bewaffnung Kiews werde am Freitag im Sicherheitsrat diskutiert.

Noch am 27. August behauptete das Pentagon, dass sich seine Politik in Bezug auf den Einsatz von Langstreckenwaffen nicht geändert habe. Das war gewesen, bevor der ukrainische Verteidigungsminister Rustem Umerow und der Stabschef von Wladimir Selenskij, Andrei Jermak, Washington mit einer Liste russischer Ziele besuchten, für die sie eine Genehmigung zum Angriff erbeten haben.

Die Ukraine hat wiederholt Drohnen bis nach Moskau abgefeuert und im Mai 2023 eine Drohne auf dem Dach des Kremls zum Absturz gebracht. Am Dienstag schlug eine weitere ukrainische Drohne in einem Wohnhaus in der Region Moskau ein, wobei ein Zivilist getötet und drei verletzt wurden.

* * *

Durows weibliche Begleitung äußert sich erstmals seit ihrer Verhaftung

<https://freedert.online/international/218405-durows-weibliche-begleitung-aeussert-sich/>

07.09.2024

Die 24-jährige Influencerin Julia Wawilowa war mit dem Telegram-Gründer Pawel Durow im letzten Monat nach Frankreich geflogen. Sie wurde mit ihm zusammen in Paris festgenommen. Nun äußerte sie sich erstmals auf Instagram und warnte ihre Follower vor "falschen Informationen".

Julia Wawilowa, eine selbst ernannte Krypto-Trainerin und Streamerin aus Dubai, war an Bord von Durows Privatjet, als dieser am 24. August auf dem Pariser Flughafen Le Bourget landete. Sie wurde drei Tage später freigelassen, hatte sich aber bisher nicht öffentlich geäußert. Am Freitag meldete sie sich in den sozialen Medien erstmals zu Wort. Auf Instagram schrieb sie: "Liebe Freunde, neue Freunde und Familie, ich bin dankbar, dass ich euch in meinem Leben habe." Außerdem warnte sie vor falschen Informationen, die über die Verhaftung kursierten:

"Ich konnte nicht früher zurückkehren, aber ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass alles gut ist. Es kursieren eine Menge falscher Informationen, aber das ist ein Thema für die Zukunft."

Wawilowa illustrierte den Beitrag mit einem Foto von sich selbst und mehreren Bildern von Paris im Postkartenstil, darunter der Eiffelturm, ein Blick auf die Seine und die Kathedrale Notre-Dame. Vor Durows Verhaftung hatte Wawilowa in den sozialen Medien Posts von denselben Orten wie der Telegram-Tycoon veröffentlicht – unter anderem aus Kasachstan, Kirgisistan und Aserbaidschan. Zudem zeigte sie Aufnahmen vom Inneren seines Privatjets. Allerdings haben weder Wawilowa noch Durow irgendwelche Ankündigungen über eine mögliche Beziehung gemacht.

Dies nährte Spekulationen, wonach Wawilowa eine Geheimdienstmitarbeiterin der Sorte "Honigtopf" gewesen sein soll und den Auftrag gehabt habe, Durow nach Frankreich zu bringen, wo er verhaftet werden könnte. Eine der beliebtesten Verschwörungstheorien behauptet, dass sie für den israelischen Geheimdienst Mossad arbeite.

Der Telegram-Gründer verfügt über Pässe von Russland, Frankreich, den Vereinigten Arabischen Emiraten und St. Kitts und Nevis. Bei seiner Festnahme durch die französische Polizei soll er angegeben haben, er sei zu einem Abendessen mit Präsident Emmanuel Macron verabredet. Der französische Staatschef hat dies jedoch bestritten. In seinen ersten öffentlichen Äußerungen nach der Verhaftung erwähnte Durow weder die Einladung zum Abendessen noch Wawilowa. In einem Posting auf Telegram und X am Donnerstag bezeichnete er die Anschuldigungen gegen ihn als "überraschend" und "fehlgeleitet". Denn es würden "Gesetze aus der Vor-Smartphone-Ära verwendet, um einen CEO für Verbrechen anzuklagen, die von Dritten auf der von ihm geleiteten Plattform begangen wurden".

Die französischen Behörden haben Durow wegen mehrerer Vergehen angeklagt. Diese reichen von der Verweigerung der Zusammenarbeit mit den Behörden bis hin zur Verwaltung einer Online-Plattform, die angeblich von der organisierten Kriminalität für illegale Handlungen wie Menschenhandel und sexuellen Kindesmissbrauch genutzt wurde. Ihm wurde eine Kautions in Höhe von fünf Millionen Euro (etwa 5,5 Millionen US-Dollar) auferlegt. Zudem darf er Frankreich bis zum Abschluss des Verfahrens nicht verlassen.

Durow und sein Bruder gründeten den Messengerdienst Telegram im Jahr 2013 in Russland. Seitdem ist die App auf fast eine Milliarde Nutzer weltweit und zehn Millionen bezahlte Abonnenten angewachsen. Telegram bietet eine Verschlüsselung für ein- und ausgehende Nachrichten, wodurch die Privatsphäre sowohl des Absenders als auch des Empfängers verbessert wird. Außerdem werden Nutzerdaten oder Chataufzeichnungen in der Regel nicht an Strafverfolgungsbehörden weitergegeben. Durow zufolge hat dies die unerwünschte Aufmerksamkeit von Geheimdiensten weltweit auf sich gezogen.

* * *

Nord-Stream-Pipelines: Nach deutschen Vorwürfen nehmen Spannungen zwischen Berlin und Warschau zu

<https://freedert.online/international/218426-nord-stream-pipelines-nach-deutschen-vorwuerfen-nehmen-spannungen-zu/>

07.09.2024

Was sich vor wenigen Wochen mit "neuen Enthüllungen" über die Sprengung der Ostsee-Pipelines ankündigte, führt nun zu Spannungen zwischen Polen und Deutschland. Dies war absehbar, nachdem deutsche Ermittler Vorwürfe gegen Polen erhoben hatten.

Zeichneten sich die bisherigen "Ermittlungen" zur Sprengung der Erdgas-Pipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 seit bald zwei Jahren schon durch allerlei Absurditäten aus, so kommt es nach

den neuesten "Erkenntnissen" deutscher Ermittler nun zu neuerlichen Spannungen zwischen Warschau und Berlin.

Nebelkerze: Die polnisch-ukrainische Spur

Mitte August hieß es aus Kreisen des Bundeskriminalamts und der Bundespolizei, staatliche Stellen Polens und der Ukraine hätten die Zerstörung der unterseeischen Gasröhren nicht nur geplant, sondern auch ausgeführt – und zwar mit Wissen und Billigung der beiden Staatspräsidenten Andrzej Duda und Wladimir Selenskij (*RT DE* berichtete). Vor knapp einem Monat interviewte Springers Welt zu dem Thema August Hanning, den ehemaligen Chef des BND. Nun legen *Welt* und Hanning nach – und sprechen von der "Mittäterschaft" Polens. Polens Präsident Duda spricht prompt von einer prorussischen Kampagne.

Nachdem Schweden und Dänemark inzwischen ihre Ermittlungen offiziell ergebnislos eingestellt haben, ist Deutschland der einzig verbliebene Anrainerstaat, der formal noch ermittelt. Die *Welt* gibt sich zunächst ratlos, wer für die Sprengung von drei der vier Gasleitungsstränge verantwortlich sein könnte, referiert jetzt aber, wie im Monat zuvor, weitgehend unkritisch die "Ergebnisse" der deutschen Ermittler. Als ob es die detaillierten Enthüllungen eines Seymour Hersh nie gegeben hätte (*RT DE* berichtete kontinuierlich).

Demzufolge sei der Hauptbeschuldigte ein ukrainischer Tauchlehrer, dessen Name in der deutschen Presse oft mit "Wolodymyr S." abgekürzt wird. Diese Kurzform, die wohl nicht zufällig an den Namen des früheren ukrainischen Präsidenten (dessen Amtszeit seit Ende Mai 2024 abgelaufen ist) erinnern soll, steht eigentlich für Wladimir Schurawljow – und müsste im Deutschen eigentlich mit "Sch" statt mit "S" wiedergegeben werden.

"Sabotage"

Wie auch immer, der flüchtige Tauchlehrer habe sich, so deutsche Stellen, von Polen aus in die Ukraine abgesetzt. Im Juni habe der Bundesgerichtshof einen europäischen Haftbefehl samt Durchsuchungsbeschluss ausgestellt. Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Bundesanwaltschaft seien verärgert, weil Polen den Haftbefehl nicht vollstreckt habe. Der *Welt am Sonntag (WamS)* soll ein mit den Ermittlungen vertrauter Beamter erklärt haben, dass sie polnische Seite die Aufklärung der Straftat sabotiere. Der Vorwurf der "Strafverfolgungsvereitelung" stehe im Raum.

Auch Ex-BND-Präsident Hanning wiederholte seine Vorwürfe an die Adressen Polens und der Ukraine:

"Offensichtlich hat ihn die polnische Regierung laufen lassen, um die eigene Beteiligung bei dem Anschlag auf die Pipelines zu vertuschen", meinte der Alt-Geheimdienstler gegenüber der *WamS*.

Als ob die Sprengung der Pipelines durch eine sechsköpfige ukrainische Tauchergruppe mithilfe einer kleinen Segeljacht bereits gerichtlich festgestellt sei, sprach Hanning wieder davon, dass "Operationen von einer derartigen Dimension [...] ohne Billigung der politischen Spitzen der beteiligten Länder nicht vorstellbar" seien. In Polen hätten die Taucher ein spezielles Training erhalten, und die "Andromeda" habe im polnischen Kołobrzeg (deutsch: Kolberg) sieben Tage vor der Sprengung zusätzliche Ausrüstung an Bord genommen. Die deutschen Ermittler würfen den polnischen Behörden vor, Videoaufnahmen vom Segelhafen in Kołobrzeg "bewusst" zurückzuhalten, wodurch der Verdacht einer Komplizenschaft verstärkt werde.

Empörung in Warschau

Von polnischer offizieller Seite werden die Vorwürfe aus Deutschland mit Empörung zurückgewiesen. Jacek Siewiera, der Leiter des polnischen "Büros für Nationale Sicherheit", der gleichzeitig auch Sicherheitsberater von Präsident Duda ist, habe der *WamS* gesagt:

"Die Behauptung, die Ukraine habe diese Aktion mit polnischem Wissen durchgeführt, entbehrt jeder Grundlage."

Der polnische Vertreter habe von Unterstellungen und Anschuldigungen gesprochen, die von Privatpersonen stammten, die ehemalige Beamte seien, nunmehr kein Amt mehr innehätten, aber "prorussisch" eingestellt seien. Siewiera weiter:

"Ich hoffe, dass wir es nicht mit einer organisierten Desinformationskampagne zu tun haben, bei der sich Menschen haben dazu benutzen lassen, Polen die Verantwortung zuzuschieben."

In Polen verfolge man alle in Frage kommenden Spuren, und die Beteiligung Russlands an der Zerstörung der Gas-Pipelines gelte dort nach wie vor als "wichtige Hypothese".

Ukraine: Verwunderung über Deutsche

Die *Welt* zitiert außerdem einen angeblich hochrangigen ukrainischen Offizier, der in einer ukrainischen Großstadt lebe und mit der Sprengung zu tun haben soll, mit der Bemerkung, es sei zwar "lächerlich" anzunehmen, dass die Ukraine dahinterstecke, aber selbst wenn es so wäre, "sollte Deutschland die Ermittlungen einstellen, denn für Kiew war es ein legitimes militärisches Ziel".

Der ukrainische Militär, dessen Identität der Zeitung bekannt sei, habe gemeint, selbst Putin würde nicht an die Beteiligung der Ukraine glauben (was, nebenbei bemerkt, unabsichtlich Hersh's Enthüllungen stützt). Nur die Deutschen, so der ukrainische Offizier, behaupteten "aus unerfindlichen Gründen" immer die Beteiligung der Ukraine.

Die angespannten deutsch-polnischen Beziehungen wurden durch ein Posting des polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk auf Twitter/X weiter in Mitleidenschaft gezogen, als er kurz nach dem Bekanntwerden des deutschen Haftbefehls schrieb:

"An alle Initiatoren und Schirmherren von Nord Stream 1 und 2: Das Einzige, was ihr jetzt tun solltet, ist euch entschuldigen und still sein."

Deutsche behalten stur ihre Scheuklappen auf

Dagegen bleiben die deutschen Ermittler bei ihrem Standpunkt und schließen, so die *Welt*, sogar eine russische False-Flag-Operation aus (von einer US-Spur ist keine Rede). Die deutschen Stellen gingen vielmehr davon aus, dass der frühere ukrainische Generalstabschef Waleri Saluschny den Auftrag zur Sprengung der Gasröhren erteilt habe.

Allerdings sind nicht nur die Beziehungen zu Polen und der Ukraine durch die deutschen Ermittlungen belastet. In Deutschland habe sich Generalbundesanwalt Jens Rommel verärgert gezeigt – wegen der seit Wochen andauernden Indiskretionen, wodurch sensible Einzelheiten des Verfahrens ans Licht der Öffentlichkeit gekommen seien. Genannt werden in diesem Zusammenhang die Erwähnung der Segeljacht "Andromeda", der ukrainischen Tauchergruppe und schließlich der Haftbefehl gegen den ukrainischen Tauchtrainer. Allerdings waren die meisten dieser Details auch in US-Medien zeitgleich veröffentlicht worden, was die *Welt* übergeht.

Eine Anfrage des CDU-Bundestagsabgeordneten Roderich Kiesewetter habe das Justizministerium in seiner Antwort für die Bundesregierung in der Sache unbeantwortet gelassen. Gegenüber der WamS habe Kiesewetter bemerkt, dass offenbar ein Zusammenhang zwischen dem Bekanntwerden der angeblichen Verantwortlichkeit Kiews für die Zerstörung der Leitungen und der Verlautbarung Berlins bestehen könne, Kiew keine neuen Militärhilfen zu leisten.

Durch eine weitere Antwort auf eine nicht näher bezeichnete Anfrage habe das Justizministerium zudem klargestellt, dass der per Haftbefehl gesuchte Ukrainer wohl kaum an Deutschland ausgeliefert werden wird. Die Ukraine liefere ihre Staatsangehörigen nicht an andere Staaten aus. Aus dem ukrainischen Justizministerium habe es vom zuständigen Abteilungsleiter geheißen, Kiew erteile keine Auskünfte zu solcherart Auslieferungsbemühungen.

Da sie von der US-Spur offenkundig nichts wissen will, schließt die *Welt* resigniert:

"Fakt ist: Längst sind alle Täter, Helfer und Hintermänner gewarnt – und mutmaßlich untergetaucht. Die Chancen, dass der Anschlag jemals aufgeklärt wird? Sie stehen schlecht."

* * *

Umfragewerte desaströs: Null Prozent der Deutschen wünschen sich Ampelkoalition

<https://freedert.online/inland/218365-desastroese-umfragewerte-null-prozent-der-deutschen-wuenschen-sich-ampelkoalition/>

06.09.2024

Neue Umfragen zeigen desaströse Ergebnisse für die Ampel. Auch die Beliebtheitswerte des Bundeskanzlers Olaf Scholz erreichen ein historisches Tief. Die Koalition insgesamt hat buchstäblich gar keinen Rückhalt mehr bei den Bundesbürgern.

Eine Umfrage des *ZDF*-Politbarometers kommt zu dem Ergebnis, dass aktuell null Prozent der Deutschen die Ampel als wünschenswert betrachten. Damit ist das ohnehin schon niedrige Ergebnis weiter abgestürzt, was für eine amtierende Bundesregierung ein nie dagewesener Wert ist.

Andere mögliche Konstellationen sind allerdings nicht wesentlich beliebter. Rot-Rot-Grün kommt auf zwei Prozent, Schwarz-Grün auf sechs Prozent, Schwarz-Gelb und Rot-Grün auf jeweils acht Prozent – ironischerweise führt eine schwarz-rote Koalition mit immerhin 23 Prozent, die man aus der Vergangenheit als GroKo kennt.

Fast zwei Drittel der Befragten (65 Prozent) waren außerdem der Meinung, dass Bundeskanzler Olaf Scholz seine Arbeit eher schlecht macht. Mit Blick auf die Ampel waren sogar 71 Prozent der Meinung, dass diese eher schlecht regiert. Allerdings finden nur 38 Prozent, dass die Union besser regieren würde – fast die Hälfte (45 Prozent) glaubt, dass es keinen Unterschied machen würde.

"Dass die Union von vielen nicht als glaubwürdige Alternative zur Ampel wahrgenommen wird, ist auch ein wichtiger Grund, warum Parteien wie die AfD und das BSW jetzt bei zwei letzten Landeswahlen so gute Ergebnisse erzielt haben", schreibt das ZDF dazu.

Die Frage nach Neuwahlen ist unter den Befragten umstritten. 49 Prozent sprechen sich für Neuwahlen aus, 46 Prozent dagegen. Unter Anhängern von CDU (56 Prozent), AfD (95 Prozent) und BSW (66 Prozent) gibt es eine Mehrheit für Neuwahlen. Anhänger der Ampel und der Linkspartei lehnen Neuwahlen mehrheitlich ab.

Die Daten wurden vom 3. bis zum 5. September 2024 unter 1.328 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten telefonisch und online erhoben.

* * *

Minsk befürchtet baldigen militärischen Angriff der NATO

<https://freedert.online/europa/218669-minsk-befuerchtet-baldigen-militaerischen-angriff/>

10.09.2024

Das offizielle Minsk beobachtet den Aufbau einer offensiv ausgerichteten NATO-Armee und zunehmende Provokationen und Aufklärungsaktivitäten an seinen Grenzen mit großer Sorge. Darüber berichtete ein hochrangiger weißrussischer Beamter in einem Interview und gab einen beunruhigenden Ausblick.

Weißrussland sieht die verstärkten Aktivitäten des US- und NATO-Militärs an seiner westlichen Grenze mit großer Sorge. In einem am Montag veröffentlichten Interview mit der in Moskau erscheinenden Fachzeitschrift *Nationale Verteidigung* beschrieb der Staatssekretär des weißrussischen Sicherheitsrates, Alexander Wolfowitsch, den Aufbau einer offensiven Militärmacht in Polen und Litauen, die sich offensichtlich gegen Weißrussland richtet.

Die Zahl der US-Streitkräfte, die in Polen und den baltischen Staaten stationiert seien, belaufe sich nach den Worten von Wolfowitsch inzwischen auf mehr als 20.000 Soldaten. Weitere 10.000 seien in anderen europäischen Ländern stationiert. Hinzu kommen noch die nationalen Armeen jedes NATO-Mitgliedslandes. Unter anderem ist ein Panzerbataillon der US-Streitkräfte in unmittelbarer Nähe der weißrussischen Grenze auf dem litauischen Übungsgelände Pabradė stationiert.

Aufklärungsarbeit gegen die Republik Belarus werde aktiv betrieben, so der weißrussische Beamte. Die Intensität des Einsatzes von Aufklärungsflugzeugen der kombinierten NATO-Luftstreitkräfte allein im Luftraum der Nachbarländer habe sich vervielfacht und liege im Durchschnitt bei 25–30 Einsätzen pro Woche. Nach Ansicht von Experten deute eine so intensive Aufklärungstätigkeit auf aggressive Absichten hin und finde sonst nur unmittelbar vor dem Beginn von Kriegshandlungen statt.

Polen und die baltischen Staaten hörten zudem nicht auf, die Situation an der Staatsgrenze zu eskalieren, beklagte Wolfowitsch in dem Interview. In Polen würden im Rahmen der Operation "Sicheres Podlasie" aktuell bis zu 17.000 Personen eingesetzt, davon 8.000 direkt an der polnisch-weißrussischen Grenze. Die Zahl der Kampfpanzer und gepanzerten Kampffahrzeuge verschiedener Typen auf dem Gebiet Polens und der baltischen Staaten habe erheblich zugenommen. Auch die Zahl der dort stationierten Artilleriesysteme, Kampfflugzeuge und Hubschrauber habe sich erhöht.

In Polen werde derzeit eine zusätzliche mechanisierte Division aufgestellt. Ein Divisionshauptquartier sei eingerichtet worden, man habe mit der Aufstellung von zwei Brigadeverbänden begonnen. Warschau habe mehr als 100 Abrams-Kampfpanzer aus den Vereinigten Staaten erhalten, um die Kampffähigkeiten der nationalen Streitkräfte zu stärken, sowie mehr als 1.000 Abrams-Panzer. Außerdem habe Warschau ein Darlehen in Höhe von 2 Milliarden Dollar für den Kauf von US-Waffen erhalten, geliefert würden in diesem Programm F-35-Mehrzweckkampfflugzeuge, HIMARS-Mehrfachraketenwerfer und Patriot-Flugabwehrraketensysteme.

Als Teil eines Angriffspotenzials sieht Minsk auch die Aufstellung einer Panzerbrigade der Bundeswehr in Litauen, auch wenn man dort mit einer vollen Einsatzbereitschaft erst in drei Jahren

rechnet.

Zudem mehren sich Provokationen und Zwischenfälle verschiedener Art an den Staatsgrenzen zwischen der Republik Belarus und Polen sowie der Ukraine, die zu einem neuen Element der Situation geworden sind. Die Provokationen kommen am häufigsten von der ukrainischen Seite, aber auch aus dem Gebiet Polens und der baltischen Staaten. Eines der jüngsten öffentlichkeitswirksamen Beispiele war das Eindringen ukrainischer Drohnen in weißrussisches Hoheitsgebiet, von denen einige von den belarussischen Luftabwehrkräften abgeschossen wurden.

All diese Aktionen werden von Kampagnen im Internet begleitet. Als ihren Zweck benennt Wolfowitsch die Destabilisierung der gesellschaftspolitischen Lage in seinem Land und das Schüren der Angst in der Bevölkerung.

Im weiteren Verlauf des Interviews beschreibt der weißrussische Beamte die Gegenmaßnahmen, die als Antwort auf die sich anbahnende Kriegsgefahr ergriffen werden, RT hatte darüber berichtet. Die Prognose, die Alexander Wolfowitsch in dem Interview mitteilt, ist trotz aller Gegenmaßnahmen alles andere als beruhigend:

"Die Prognose für die Entwicklung der Lage ist nicht günstig. Trotz unserer gemeinsamen Bemühungen wäre es verfrüht, kurzfristig eine Deeskalation der Lage in der Region zu erwarten. Die Schlüsselrolle spielen hier nach wie vor die Vereinigten Staaten von Amerika und ihre Satelliten in Europa, die Waffen in die Ukraine pumpen, nachrichtendienstliche und andere Unterstützung bereitstellen und die ukrainische Seite zu verschiedenen Abenteuern drängen, wie z.B. den jüngsten, völlig gedankenlosen und militärisch nutzlosen Einmarsch in das Gebiet der Grenzregion Kursk."

Tatjana Montjan, eine im russischen Exil lebende ukrainische Rechtsanwältin, kommentiert das Interview auf ihrem Telegram-Kanal so:

"Ich wünsche den Weißrussen weniger Illusionen. Jeder wird kämpfen müssen, und je früher alle Bewohner der heute noch friedlichen, schönen weißrussischen Städte das begreifen, desto besser. Ich hoffe, dass entlang der gesamten belarussischen Staatsgrenze bereits Festungsanlagen gebaut wurden."

* * *

US-Bank Morgan Stanley prognostiziert massiven Absturz des Euro

<https://freedert.online/international/218834-us-bank-morgan-stanley-prognostiziert/>

11.09.2024

Laut der US-Bank Morgan Stanley könnte der Kurs der europäischen Einheitswährung gegenüber dem US-Dollar um sieben Prozent fallen, bis sie dem US-Dollar gleichwertig wäre. Das wäre dann Folge der zu erwartenden Zinssenkungen durch die EZB, erklärte ein Devisenstrategie von Morgan Stanley.

Die Investmentbank Morgan Stanley geht davon aus, dass der Euro in den nächsten Monaten auf Gleichwertigkeit mit dem US-Dollar abrutschen wird. Die US-Bank begründet dies mit wachsenden politischen Risiken und wirtschaftlicher Schwäche.

Die europäische Einheitswährung wird bis zum Jahresende auf 1,02 US-Dollar fallen, was einer Abwertung von rund sieben Prozent gegenüber dem derzeitigen Stand entspricht, sagte David Adams, Leiter der Devisenstrategie der Gruppe der 10 bei Morgan Stanley, in einem von

Bloomberg veröffentlichten Interview.

Nach Ansicht des Finanzstrategen erfolgt dieser Ausblick vor der Erwartung, dass die Europäische Zentralbank (EZB) auf ihren nächsten drei Sitzungen die Zinssenkungen fortsetzen wird. Möglicherweise würden dabei die Zinssätze um einen halben Punkt und damit deutlich gesenkt. "Das gibt dem Markt reichlich Spielraum, sich auf die Tatsache zu konzentrieren, dass die EZB die Zinsen tiefer und schneller senken könnte, als es derzeit eingepreist ist", so Adams. "Die Sitzung in dieser Woche könnte sich als wichtiger Katalysator erweisen, damit der Markt beginnt, darüber nachzudenken."

Seine Prognose ist unter den von der Nachrichtenagentur befragten Währungsanalysten die pessimistischste. Der überwiegende Teil ginge davon aus, dass der Wert der Gemeinschaftswährung bis Ende 2024 tatsächlich auf 1,11 US-Dollar steigen wird. Die Aufmerksamkeit der Händler richtet sich nun auf die Zinsentscheidung der EZB im Laufe dieser Woche. Erwartungen zufolge sollte sich die Regulierungsbehörde auf eine Zinssenkung um einen Viertelpunkt einigen. Dies wäre die zweite Zinssenkung im laufenden Zyklus, während die Wirtschaft der Region darum kämpft, die Wachstumsdynamik beizubehalten.

"Politische Risikoprämien und Unsicherheit steigen in einer Zeit, in der sich das Wirtschaftswachstum verlangsamt,"

so Adams.

"Beide Faktoren deuten darauf hin, dass die Anleger weniger bereit sind, Kapital in der Region zu investieren."

* * *

Brückeneinsturz in Dresden: Antrag auf Überprüfung war vom Stadtrat abgelehnt worden

<https://freedert.online/inland/218848-brueckeneinsturz-in-dresden-antrag-auf/>

11.09.2024

Im Juni 2023 beantragten die Freien Wähler im Stadtrat die Überprüfung aller Brücken in Dresden. Der Antrag wurde abgelehnt. Hätte das heutige Unglück verhindert werden können? Die Diskussion über die marode deutsche Infrastruktur nimmt angesichts des Unglücks erneut an Fahrt auf.

Hätte der Einsturz der Carolabrücke in Dresden verhindert werden können? Diese Frage werfen Dokumente des Dresdner Stadtrats auf. In einem Antrag, datiert auf den 21. September 2023, stellte die Fraktion Freie Wähler/Freie Bürger Dresden im Dresdener Stadtrat den Antrag auf Überprüfung des Zustands der Dresdner Brücken. In dem Antrag heißt es:

"Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat unverzüglich, spätestens bis zum 30. Juni 2024 einen Bericht über den Zustand aller Brückenbauwerke auf dem Stadtgebiet der Landeshauptstadt vorzulegen."

Die Fraktion hatte offensichtlich Bedenken hinsichtlich des Zustands der Brücken. Der Stadtrat folgte am 14. Juni 2024 jedoch der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften und lehnte den Antrag ab. Ob und in welchem Ausmaß den Stadtrat eine Mitschuld an dem Unglück trifft, wird daher zu ermitteln sein.

Die Infrastruktur in Deutschland ist generell in einem schlechten Zustand. Die Bundesrepublik fährt auf Verschleiß. Über den maroden Zustand deutscher Brückenbauten wird regelmäßig berichtet. Demnach sind mindestens 11.000 Brücken auf Autobahnen und Fernstraßen in Deutschland in einem Zustand, der eine sofortige Sanierung dringend erforderlich macht, berichtet anlässlich des Brückeneinsturzes in Dresden das Online-Portal *kommunal.de*. Hinzu kommen 16.000 marode Brücken in den Kommunen. Jede sechste Brücke in kommunaler Trägerschaft muss dringend ersetzt werden. Ganze 11 Milliarden Euro werden benötigt, um allein die Brücken zu ersetzen, deren Austausch als "dringend notwendig" eingestuft wird.

Doch die Bundesregierung setzt aufs Sparen. Finanzminister Lindner (FDP) hat im aktuellen Haushaltsstreit wiederholt geäußert, dass er Investitionen nur aus den laufenden Steuereinnahmen finanzieren möchte. Mit der sich daraus notwendig ergebenden Unterfinanzierung ist klar, dass Deutschlands Problem der zerfallenden Infrastruktur weiterhin nicht gelöst wird.

* * *

Analyse

"Mehrere Kessel" - Was dem ukrainischen Militär im Donbass droht

<https://freedert.online/international/218057-mehrere-kesseln-was-ukrainischen-militaer/>

06.09.2024

Die Aktionen des ukrainischen Militärs im Grenzland von Kursk haben schwere Folgen für die Ukraine nach sich gezogen. Statt eines Durchbruchs nach Kurtschatow wurden die ukrainischen Truppen mit einer Krise in der DVR konfrontiert. "RIA Nowosti" analysiert die Ereignisse an der Front.

Von Dawid Narmanija

"Wackelige Front geschwächt"

Russlands Verteidigungsministerium bestätigt: die Kämpfe im Gebiet Kursk dauern an. Das ukrainische Militär versucht, in Richtung der Orte Borki, Marjewka, Kamyschewka, Tscherkasskoje Poretschnoje, Olgowka, Korenewo und Martynowka vorzurücken, allerdings werden diese Angriffe abgewehrt. Insbesondere zerschlugen Angehörige der 810. Marineinfanteriebrigade am 1. September eine ukrainische Kolonne.

Kiews westliche Sponsoren beobachten den ukrainischen Militäreinsatz unter Einbeziehung von mehreren Brigaden im Gebiet Kursk skeptisch.

"Wenn sie nicht rotiert werden, werden diese Truppen keine Lücken schließen, als Reserve eingesetzt werden oder die russische Offensive innerhalb der Ukraine abwehren können. Mit anderen Worten, das schwächt die ohnehin wackelige Front", bemerkt die Zeitschrift *Foreign Affairs*. Die Operation zehre viel stärker gerade an den ukrainischen Kräften, betonen die Autoren des Artikels.

Dies schlägt sich auch an anderen Frontabschnitten nieder.

Die Situation ist kritisch, Russlands Armee rückt schneller vor als im Sommer 2022, die ukrainischen Militärs bereiten sich auf die Verteidigung von Dnjepropetrowsk vor – jede russische Publikation wäre für solche Meldungen eines leichtsinnigen Hochmuts beschuldigt worden. Doch diese Folgerungen kommen von der "anderen Seite" – so bewertet die Lage der *Bild*-Redakteur Julian Röpcke, der noch vor Kurzem die Erfolge des ukrainischen Militärs besungen hatte.

Der Grund für einen solchen Stimmungsumschwung ist eine für Kiew schwierige Lage gleich an mehreren Frontabschnitten.

Einen Großteil der Aufmerksamkeit zieht gerade Krasnoarmeisk (ukrainischer Name: Pokrowsk) auf sich. Nach Angaben von Russlands Verteidigungsministerium erreichten die russischen Truppen eine für das ukrainische Militär vorteilhafte Verteidigungslinie aus vier Siedlungen: Dimitrow (ukrainischer Name: Mirnograd), Grodowka, Nowogrodowka und Selidowo. Durch ein verzweigtes Straßennetz verbunden, von Bergehalden und Hochhäusern umgeben, könnten sie lange einen sicheren Schutz für die Kreishauptstadt garantieren.

Doch von der ukrainischen Seite erscheinen Meldungen, dass es den russischen Truppen in der

vergangenen Woche gelungen sei, Nowogradowka binnen weniger Tage zu befreien. Nach Angaben der Rada-Abgeordneten Marjana Besuglaja habe es dort zwar Befestigungen gegeben, aber keine Truppen, die sie verteidigen würden.

"Die Schützengräben vor Nowogradowka waren leer. In der ehemals 20.000-köpfigen Stadt gab es praktisch keine ukrainische Armee: die 31. Brigade wurde verlegt, ihr Kommandeur, für den sich das Kollektiv eingesetzt hatte, entlassen und einem Strafverfahren unterzogen", entrüstete sie sich.

"Es wurde die Entscheidung getroffen, die Truppen zurückzuziehen. Die Frage, wozu, sollte der Generalstab beantworten. Um Leben zu schützen. Wir hätten die Offensive für zwei bis drei Tage angehalten und eine gewisse Anzahl unserer Kameraden verloren. Ich denke, dass Nowogradowka geografisch nicht besonders günstig gelegen war. Als Festung war es gar nicht ausgebaut", sagte der Offizier der ukrainischen 59. Separaten motorisierten Brigade, Sergei Zechozki.

Moskau bestätigt diese Angaben bislang nicht. Sollte die Stadt tatsächlich befreit sein, ist der gesamte ukrainische Truppenverband an diesem Frontabschnitt bedroht.

Gefahr der Einkesselung

Für Russlands Armee würde sich die Möglichkeit eröffnen, auf Selidowo vorzurücken, was für eine Begradigung der Flanken notwendig ist. Die am nordöstlichen Stadtrand gelegene Bergehalde des Korotschenko-Bergwerks ist nach Angaben ukrainischer Telegramkanäle gegenwärtig umkämpft. Das ist eine beherrschende Anhöhe und ein vorteilhaftes Aufmarschgebiet zur Befreiung der gesamten Stadt. Nach Besuglajas Angaben seien russische Truppen bereits in die Siedlung eingedrungen.

Aber damit hören Kiews Probleme nicht auf. Der russische Truppenverband bedroht den ukrainischen Verteidigungsfrontbogen bei Newelskoje auch aus dem Norden, andere russische Einheiten rücken weiter südlich auf Alexandropol vor. Die ukrainischen Verbände sind faktisch zur Hälfte eingekesselt. Dieser Frontabschnitt ist der letzte, von dem aus das ukrainische Militär seit dem Jahr 2014 Donezk unter Beschuss genommen hat.

"Einheiten von mindestens vier ukrainischen Brigaden riskieren, in einen Kessel südlich von Pokrowsk zu geraten", warnt der Militärexperte der Zeitschrift *Forbes*, David Axe.

Die Rede ist hier von der 59. Separaten mechanisierten Brigade, der 117. Brigade der Territorialverteidigung, der 15. Brigade der Nationalgarde und der 68. Jägerbrigade. Sollte die 25. Luftlandebrigade mit ihren deutsch produzierten Marder-Schützenpanzern die Russen bei Ukrainsk nicht aufhalten, könnte ein Rückzug zu deren Einkesselung führen, merkt der Journalist unter Verweis auf eine Erklärung des ukrainischen Zentrums für Verteidigungsstrategien an.

Mögliche Folgen

Bis Pokrowsk selbst bleiben den russischen Truppen weniger als zehn Kilometer. Dies ist eine der wichtigsten Städte für das ukrainische Militär in der Donezker Volksrepublik. Ihre Befreiung hätte eine ganze Reihe von Folgen:

Erstens würde eine Befreiung von Pokrowsk einen faktischen Durchbruch zum Gebiet Dnjepropetrowsk bedeuten.

Zweitens wäre die Straße Pokrowsk – Konstantinowka – Tschassow Jar, über die der Truppenverband bei Tschassow Jar versorgt wird, durchgeschnitten. Die Lage an diesem Frontabschnitt würde für Kiew extrem schwierig werden, während die russischen Truppen die Möglichkeit erhalten würden, nach Norden auf Dobropolje vorzurücken und dem ukrainischen Truppenverband in Slawjansk und Kramatorsk in die Flanke zu fallen.

Drittens wären auch die ukrainischen Verbände bei Kurachowo bedroht. Wie die britische Zeitung *The Telegraph* anmerkt, wäre hier eine Einkesselung der Truppen ebenfalls durchaus möglich.

Indessen bereitet Kiew die öffentliche Meinung bereits auf einen Verlust von Pokrowsk vor. "Wird das die gesamte Front beeinträchtigen? Manche sagen, dass alle logistischen Wege geschlossen werden, dass wir die Verteidigung nicht halten werden können und dass der Donbass erobert wird. Dem stimme ich nicht zu, denn der Gegner erobert die Gebiete allmählich. Es gibt Schlüsselgebiete, es gibt Anhöhen, doch selbst wenn er Pokrowsk einnehmen würde, würde es nicht bedeuten, dass der Krieg verloren ist", behauptete am Montag Roman Kostenko, der Leiter des ukrainischen Parlamentsausschusses für Verteidigung und nationale Sicherheit.

Eingekesselt

Am Frontabschnitt Ugledar haben Russlands Streitkräfte nach Angaben des Verteidigungsministeriums in der vergangenen Woche das große Dorf Konstantinowka befreit, was in der Perspektive ermöglichen würde, das Straßennetz bei Kurachowo durchzuschneiden.

Nach Angaben einiger Telegramkanäle rückten russische Truppen außerdem in Pretschistowka westlich von Ugledar ein. Das Verteidigungsministerium meldete ukrainische Personal- und Technikverluste in dieser Siedlung. Gelingt es, von hier aus weiter nach Norden vorzurücken, wird die Stadt Ugledar, die lange als uneinnehmbar galt, eingekesselt und von der Verteidigung abgeschnitten.

Dies wird durch die Erstürmung des Juschnodonbasskaja-Bergwerks weiter im Nordosten begünstigt. Eine Befreiung Ugledars würde den Weg nach Kurachowo von der Südflanke her eröffnen.

Am Frontabschnitt Dserschinsk (ukrainischer Name: Torezk) versuchen Russlands Streitkräfte die beherrschenden Anhöhen und Bergehalden östlich der Stadt zu besetzen. Es gibt Geländegewinne im Norden bei der Siedlung Druschba. Nach der Befreiung von New York (Nowogorodskoje) im August begannen die Kämpfe in Torezk selbst. Die russischen Truppen umstellen die Stadt zudem weiter an den Flanken.

Parallel dazu gibt es Erfolge am Frontabschnitt Kupjansk. Am Sonntag gratulierte Russlands Verteidigungsminister Andrei Beloussow den Truppen zur Befreiung von Sinkowka im Gebiet Charkow, was die Armee dem Fluss Oskol näher bringt.

Das ukrainische Militär hat immer mehr Probleme, und jedes davon droht, zu einer Katastrophe heranzuwachsen. Die russische Offensive nimmt an Tempo zu. Die Hauptfrage besteht darin, ob Kiew noch Reserven hat, um die Lage zu stabilisieren. Davon hängt der Ausgang der gesamten Konfrontation ab.

Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst erschienen am 4. September bei RIA Nowosti.

* * *

An den Grenzen Weißrusslands zu Polen und der Ukraine hat ein "Nervenspiel" begonnen

<https://freedert.online/europa/218710-an-grenzen-weissrusslands-zu-polen-und-ukraine/>

10.09.2024

Die Lage an der Grenze zwischen der Ukraine und Weißrussland spitzt sich weiter zu. Grund ist die Aufstockung der ukrainischen und polnischen Truppen nahe der weißrussischen Grenze. Wie viele Truppen werden dort stationiert, und was können Minsk und Moskau dagegen tun?

Von Anastasia Kulikowa und Jewgeni Posdnjakow

Die ukrainischen Streitkräfte haben in der Nähe der weißrussischen Grenze 14.000 Soldaten stationiert. Dies meldet der Staatssekretär des Sicherheitsrates der Republik Belarus, Alexander Wolfowitsch. Gleichzeitig wurde eine Gruppe von 17.000 Soldaten im benachbarten Polen "unter dem Vorwand, die Sicherheit zu verstärken", stationiert, von denen sich 8.000 direkt an den Grenzen zu Weißrussland befinden.

Wolfowitsch erinnert auch an die Vorwürfe aus dem Westen und aus Kiew über die angeblichen Angriffspläne von Minsk gegen die Ukraine. Solche Behauptungen könnten jedoch "nur ein leichtes Schmunzeln" hervorrufen. Ihm zufolge habe sein Land nur 4.000 Soldaten in der Grenzregion stationiert.

Unterdessen nehmen die Spannungen zwischen Kiew und Minsk zu. Letzte Woche drangen Drohnen in den Luftraum der weißrussischen Region Gomel ein. Die weißrussischen Behörden gaben den "Eigentümer" der Drohnen nicht bekannt, aber weißrussische Experten halten es für sehr wahrscheinlich, dass es die Ukraine war. Zuvor, Ende August, forderte das ukrainische Präsidialamt, dass Minsk seine Truppen von der Grenze abzieht.

Vor diesem Hintergrund baut Minsk seine Grenzsicherung aktiv aus: Es erhöht die Präsenz von Flugzeugen, Flugabwehrraketen und funktechnischen Truppen. Anfang August wurden zudem Spezialkräfte zur Verstärkung des Grenzschutzes entsandt. Die Zeitung Wsgljad berichtete ausführlich darüber, warum die Ukraine die Beziehungen zu Weißrussland eskalieren lässt.

"Minsk stützt sich in Bezug auf die ukrainischen und polnischen Gruppen auf Informationen der Aufklärung. Die Informationen sind meiner Meinung nach zuverlässig und objektiv. Im Juli war die Zahl der ukrainischen Soldaten dort höher, aber aufgrund militärischer und politischer Maßnahmen der weißrussischen Seite hat Kiew beschlossen, einen Teil der Truppen abzuziehen. Dennoch bleibt die Lage angespannt", sagt der weißrussische Politologe Alexei Dsermant.

Dem Experten zufolge macht die Größe des gemeinsamen Verbands Polens und der Ukraine in Grenznähe etwas weniger als die Hälfte der gesamten Armee Weißrusslands aus. Er fügt hinzu:

"Außerdem stationieren sie dort sowohl Sturm- als auch Angriffswaffen. Die Bedrohung wird immer größer. Wir müssen auf die Aktionen des Feindes reagieren und antworten, um einen möglichen Angriff nicht zu übersehen."

"Vor diesem Hintergrund sollten zuallererst Verteidigungslinien aufgebaut werden. Zweitens ist es notwendig, operativ-taktische Formationen zu schaffen, was bereits geschieht. Wir sprechen vor allem über eine neue Einheit des Grenzschutzes. Drittens ist es wichtig, die Strategie der weißrussischen Armee zu entwickeln, Truppen an die Grenze zu verlegen und Raketenwaffen in Alarmbereitschaft zu versetzen."

Darüber hinaus, so Dsermant, werde Minsk in der Frage einer möglichen Reaktion enger mit Moskau zusammenarbeiten. "Einerseits bereiten wir uns also auf das Schlimmste vor, andererseits sind wir uns bewusst, dass die Situation in der Region von unserem koordinierten und ruhigen Handeln abhängen wird", betont er. Gleichzeitig, so der politische Analyst, werden Kiew und Warschau ihren Eskalationskurs fortsetzen. Vieles werde jedoch von der Frontlage in der Zone der militärischen Sonderoperation abhängen. Der Experte erläutert weiter:

"Sollten die ukrainischen Streitkräfte sich das Ziel setzen, die russische Armee in Richtung Weißrussland zu ziehen, dann sind Provokationen an der Grenze möglich. Wenn die polnischen Behörden das Gefühl haben, dass die ukrainischen Truppen eine Niederlage erleiden, steigen die Risiken für sie und es ist unwahrscheinlich, dass sie sich an dem Konflikt beteiligen."

"Wenn die Situation für die ukrainische Führung jedoch ungemütlich wird, könnte sie zu unüberlegten Maßnahmen greifen. In diesem Fall würde sie die Nachbarländer in den Konflikt einbeziehen. Die entscheidende Frage ist, wo dies geschehen wird: in Transnistrien oder in Weißrussland."

Ein ständiger polnischer Verband ist nahe der Westgrenze Weißrusslands stationiert, erklärt der weißrussische Militärexperte Alexander Alessin und fügt hinzu: "Truppen anderer NATO-Länder, vor allem aus den Vereinigten Staaten, treffen dort regelmäßig zu Übungen ein. Auf dem Territorium Polens wurden Lagerhäuser und Stützpunkte für US-amerikanische Ausrüstung eingerichtet. Das heißt, dass dort eine Kampfgruppe stationiert ist."

Die Motive Warschaws erklärt er mit zwei Faktoren:

"Erstens möchten die polnischen Behörden die westlichen Gebiete von Weißrussland in Besitz nehmen – das sind die Regionen Grodna und Brest. Um dieses Ziel zu erreichen, warten sie auf einen günstigen Zeitpunkt. Nach ihrer Version könnten die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in Weißrussland der richtige Zeitpunkt sein."

"Polens zweites Ziel ist es, die russischen Streitkräfte daran zu hindern, sich voll auf die Sonderoperation zu konzentrieren. Daher bedrohen sie Weißrussland und das Kaliningrader Gebiet. Was die ukrainische Gruppierung angeht, so befinden sich 14.000 Soldaten direkt an der Grenzlinie und weitere 100.000, soweit ich weiß, an der zweiten Verteidigungslinie", so Alessin weiter.

Kiew versuche, seine eigenen Probleme zu überwinden, meint der Analyst. "Einerseits fürchtet das ukrainische Kommando eine Situation, in der russische Truppen eine Offensive gegen Kiew auf dem kürzesten Weg durch das weißrussische Territorium führen würden. Andererseits will das Büro von Selenskij Minsk in eine militärische Aktion verwickeln, damit Moskau dem Unionsstaat Hilfe schickt und so seine Reserven streckt."

Er bezeichnet die wachsenden Spannungen an der Grenze als "Nervenspiel". Alessin warnt:

"Die Situation ist sehr akut. Jede Provokation – sei es eine Drohne, die den Luftraum verletzt, oder eine Aufklärungs- und Sabotagetruppe, die in das Hoheitsgebiet der Republik eindringt – kann zu unvorhersehbaren Folgen führen, einschließlich eines neuen Brennpunkts der Feindseligkeiten."

Seinen Schätzungen zufolge belaufen sich die Landstreitkräfte der weißrussischen Armee auf etwa

20.000 bis 22.000 Mann. "Moskau und Minsk haben jedoch einen Aktionsplan für den Fall eines Angriffs entwickelt. Demnach sollen die Streitkräfte der Republik, die sich auf defensive Strukturen stützen, dem ersten feindlichen Angriff standhalten, und dann werden uns russische Truppen zu Hilfe kommen."

Der Experte erinnert daran, dass ein solches Manöver bei gemeinsamen Übungen geübt werde. "Die Aufgabe von Minsk ist es, sich standhaft zu verteidigen, die Frontlinie zu halten und auf die Ankunft des Verbündeten zu warten. Und dann gemeinsam den Feind zurückzuschlagen."

Die Entscheidung, Atomwaffen auf weißrussischem Territorium zu stationieren, sei nicht ohne Grund getroffen worden, so Alessin weiter. Er glaubt: "Das wird auch ein Vorteil gegen einen zahlenmäßig überlegenen Gegner sein."

Man sollte jedoch nicht erwarten, dass Warschau oder Kiew den Eskalationskurs überdenken werden, meint der Analyst. Er hebt hervor:

"Ich glaube aber auch nicht, dass sie sich auf eine ernsthaftere Eskalation einlassen werden, weil Minsk über Waffen verfügt, die Kiew und die wichtigsten Zentren der politischen und militärischen Infrastruktur treffen können. Alexander Lukaschenko wird im Falle eines Angriffs die Aktionen Polens und der Ukraine nicht unbeantwortet lassen, daran besteht kein Zweifel."

Polen und die Ukraine versuchen in der Tat seit langem, Weißrussland zu einem Erstschlag zu provozieren, erinnert der Militäranalyst Boris Roschin. Er erklärt: "Damit könnten sie leicht die Notwendigkeit einer Militäroperation auf dem Territorium der Republik rechtfertigen. Die Reaktion von Minsk hat jedoch deutlich gemacht, dass das Land nicht die Absicht hat, der aggressiven Stimmung seiner Nachbarn nachzugeben."

Nichtsdestotrotz würden Warschau und Kiew weiterhin Druck auf Weißrussland ausüben. Der Experte betont:

"In der Tat haben sie eine Kampagne zum Sturz der Regierung von Alexander Lukaschenko entfesselt, die sie durch zunehmende Bedrohungen der Staatssicherheit und ständige Angriffe im Informationsbereich zu erreichen versuchen."

"Im Prinzip könnten Polen und die Ukraine zu offensiven Aktionen übergehen. Höchstwahrscheinlich planen sie die operative Einnahme von Grenzgebieten. Das Gebiet um Gomel sowie die westlichen Regionen könnten unter Beschuss geraten. In diesem Zusammenhang sind Durchbruchversuche in Richtung Brest oder Grodna nicht auszuschließen, die zur Blockade der Suwałki-Lücke (ein kleines Stück Land zwischen Polen und Litauen, durch das das russische Militär im Kriegsfall angeblich das Baltikum auf dem Landweg vom übrigen NATO-Gebiet abschneiden könnte – Anm. Red.) beitragen würden."

"In der Anfangsphase werden sie aktiv Brücken und Lagerhäuser in dem für die Invasion ausgewählten Gebiet angreifen. Sie werden versuchen, die weißrussischen Truppen zu desorganisieren. Dann werden Aufklärungs- und Sabotagetruppen und ähnliche Kräfte in die Region eindringen. Wenn sich die Ergebnisse der ersten Tage der Operation als erfolgreich erweisen, werden sich ihnen stärkere Truppenteile anschließen", meint Roschin und schließt:

"Es ist wichtig, sich darüber im Klaren zu sein, dass eine solche Entwicklung nur möglich ist, wenn Warschau und Kiew darauf vertrauen, dass es keinen Vergeltungsschlag Moskaus mit Atomwaffen geben wird. Russland diskutiert derzeit aktiv über eine Änderung der

Doktrin, die diese Aktionen der Streitkräfte regelt. Daher sollten sich die Gegner keine Illusionen über die Straffreiheit solch gewagter Operationen machen."

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 9. September 2024 zuerst auf der Website der Zeitung Wsgljad erschienen.

* * *

Meinung

Rainer Rupp: Deutlicher kann man es nicht sagen!

<https://freedert.online/meinung/218419-rainer-rupp-deutlicher-kann-man/>

08.09.2024

Hier hat sich eine bekannte Persönlichkeit ihren Ärger von der Seele geschrieben. Der Text wurde Ende 2021 verfasst, aber er ist heute noch aktueller als damals und trifft die Lage nicht nur in unserem Land, sondern im ganzen von US-Vasallen kontrollierten Westen im Kern.

Von Rainer Rupp

"Ich habe es satt, oder um es noch klarer auszudrücken: Ich habe die Schnauze voll vom permanenten und immer religiöser werdenden Klima-Geschwafel, von Energiewende-Fantasien, von Elektroauto-Anbetungen, von Gruselgeschichten über Weltuntergangsszenarien von Corona über Feuersbrünste bis Wetterkatastrophen. Ich kann die Leute nicht mehr ertragen, die das täglich in Mikrofone und Kameras schreien oder in Zeitungen drucken. Ich leide darunter, miterleben zu müssen, wie aus der Naturwissenschaft eine Hure der Politik gemacht wird.

Ich habe es satt, mir von missbrauchten, pubertierenden Kindern vorschreiben zu lassen, wofür ich mich zu schämen habe. Ich habe es satt, mir von irgendwelchen Gestörten erklären zu lassen, dass ich Schuld habe an allem und an jedem – vor allem aber als Deutscher für das frühere, heutige und zukünftige Elend der ganzen Welt.

Ich habe es satt, dass mir religiöse und sexuelle Minderheiten, die ihre wohl verbrieften Minderheitenrechte mit pausenloser medialer Unterstützung schamlos ausnutzen, vorschreiben wollen, was ich tun und sagen darf und was nicht.

Ich habe es satt, wenn völlig Übergeschnappte meine deutsche Muttersprache verhunzen und mir glauben beibringen zu müssen, wie ich mainstreamgerecht zu schreiben und zu sprechen habe.

Ich habe es satt mitzuerleben, wie völlig Ungebildete, die in ihrem Leben nichts weiter geleistet haben als das Tragen einer fremden Aktentasche, glauben, Deutschland regieren zu können.

Ich kann es nicht mehr ertragen, wenn unter dem Vorwand einer 'bunten Gesellschaft' Recht und Sicherheit dahinschwinden und man abends aus dem Hauptbahnhof kommend über Dreck, Schmutz, Obdachlose, Drogensüchtige und Beschaffungskriminelle steigen muss, vorbei an vollgekrakelten Wänden.

Ich möchte, dass in meinem Land die Menschen, gleich welchen Geschlechts, welcher Hautfarbe und gleich welcher Herkunft, wertgeschätzt und unterstützt werden, die täglich mit ihrer fleißigen, produktiven und wertschöpfenden Arbeit den Reichtum der ganzen Gesellschaft hervorbringen: die Mitarbeiter in den Unternehmen, die Handwerker, die Freiberufler, die vielen engagierten und sozial handelnden Unternehmer der kleinen und mittelständischen Wirtschaft. Ich möchte, dass die Lehrer unserer Kinder, die Ärzte und Pfleger unserer Kranken und Hilfebedürftigen die Anerkennung, die Wertschätzung und die

Unterstützung erhalten, die sie täglich verdienen. Ich möchte, dass sich die Jungen und Ungestümen in den wohlgesetzten Grenzen unseres Rechtsraumes austoben, aber sich auch vor ihren Eltern und Großeltern, vor den Alten und Erfahrenen verneigen, weil sie die Erschaffer ihres Wohlstandes und ihrer Freiheit sind."

Als mir dieser Text vor wenigen Tagen ohne Quellenangabe mit dem Hinweis zugeschickt wurde, dass er von Professor Dr. Knut Löschke stammt, Mitglied des Hochschulrates an der Universität Leipzig, Kuratoriumsmitglied des Max-Planck-Institutes für Mathematik in den Naturwissenschaften, Aufsichtsratsvorsitzender des Universitätsklinikums Leipzig und Gründer und Chef des ostdeutschen IT-Vorzeigeunternehmens Softline AG, wollte ich es erst nicht glauben. Eine Internet-Recherche belehrte mich schnell eines Besseren. Dabei stieß ich auch auf ein am 5. Dezember 2022 auf der Website *Tichys Einblick* auf ein Interview mit Prof. Löschke unter dem Titel "Vom Vorzeigeunternehmer zur Persona non grata", in dem aufgezeigt wird, wie es ihm seit seiner freimütigen Äußerung in Sachen Forschungs- und Meinungsfreiheit ein Jahr zuvor ergangen ist.

Hiernach folgen einige markante Auszüge aus diesem Interview, in dem Prof. Löschke betont, dass er niemals erwartet hätte, dass seine Meinungsäußerungen auf seinem privaten Facebook-Account gegenüber einigen Freunden solch riesige Kreise ziehen würde. Irgendwie sei sein Text in die sogenannten sozialen Medien geraten und dort immer wieder aufgetaucht, inzwischen sogar in englischer und französischer Übersetzung. Allein in Deutschland sei er fast drei Millionen Mal gelesen worden. (Das war im Dezember 2022.) Die große Resonanz zeige wohl, so Löschke, dass die von ihm angesprochenen Themen vielen Menschen auf den Nägeln brennen, nicht nur in Deutschland. Die Menschen wollen gehört werden und sich nicht permanent von einer kleinen politischen und medialen Elite vorschreiben lassen, was sie zu denken und zu tun haben.

Weiter unterstrich Prof. Löschke in dem Interview von 2022:

"In der Sache stehe ich nach wie vor zu meinen Aussagen. (...) Ich möchte in einem Land leben, in dem mir meine Meinung nicht vorgeschrieben wird, in dem ich nicht wissenschaftlich stranguliert werde und in dem es Denkverbote gibt."

Auf den Einwand der Interviewers, dass heute doch in Deutschland niemand wegen seiner Meinung verhaftet werde, antwortete der Professor:

"Aber persönlich angegriffen und ins soziale Abseits gestellt. Jeder, der nicht mit dem grünen Mainstream-Denken in Politik und Medien konform geht, wird als Person diffamiert. Mit einer offenen, pluralistischen Gesellschaft hat das nichts mehr zu tun."

Und dazu gab er einige Beispiele:

"Wer zum Beispiel die Sinnfälligkeit der ideologiegetriebenen Elektromobilität anzweifelt, sich gegen das Gendern stellt oder gar daran zweifelt – wie ich es gewagt habe –, dass der von Menschen gemachte CO2-Ausstoß wesentlich für einen Temperaturanstieg verantwortlich ist, wird als persönlicher Gegner betrachtet und entweder als 'Rechter' oder als 'Verschwörungstheoretiker' gebrandmarkt. Wissenschaftliche Erkenntnisse und das Grundprinzip der Naturwissenschaft, der begründete Zweifel an Hypothesen, spielen dabei keine Rolle. Soll heißen: Entweder man folgt der Regierungsdoktrin, oder man wird kaltgestellt. Das war auch in der DDR so, und dies ist heute, mehr als dreißig Jahre nach der Deutschen Einheit, leider wieder so. Kritik ist unerwünscht."

Als Nächstes erinnert der Interviewer daran, dass, nachdem seine Meinungsäußerung publik geworden war, Professor Löschke aus dem Kuratorium der Max-Planck-Gesellschaft hinausgeworfen wurde. Auch im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn und des Leipziger Universitätsklinikums war er nicht mehr erwünscht. Dabei war Löschke nicht nur Wissenschaftler, sondern auch einer der erfolgreichsten Unternehmer in Ostdeutschland, der über Nacht zur Persona non grata für öffentliche Ämter geworden ist. Wie könne das bei der Freiheit der Wissenschaft überhaupt möglich sein? Forschung und Lehre seien doch frei. Das sei ein Grundsatz der Wissenschaften.

Hier Prof. Löschkes Antwort:

"Nein, sind sie eben nicht mehr! Forschung und Lehre sind vom Staat abhängig, der sie finanziert. Sie hängen am finanziellen Tropf. Werden Forschungsmittel gestrichen, ist der Job des Wissenschaftlers in Gefahr. Viele Professoren und Forscher lassen sich dadurch beeinflussen. Sie haben eine Schere im Kopf und trauen sich nicht mehr – aus vorausseilendem Gehorsam oder fehlendem Mut – zu sagen, was sie denken, damit sie bei der Obrigkeit nicht in Ungnade fallen. Doch ein Wissenschaftler muss immer alles hinterfragen. Nur so kann er zu neuen Erkenntnissen kommen. Leider ist das inzwischen an vielen Stellen unmöglich geworden. Unsere Gesellschaft bewegt sich auf einem gefährlichen Irrweg."

Und in der Wirtschaft gehe es nicht viel anders zu als in Forschung und Lehre, so der Professor und Unternehmer Löschke, und er führt weiter aus:

"Was für die Wissenschaft gilt, gilt natürlich auch für die Wirtschaft. Bei einer Staatsquote von 52 Prozent kann es kaum verwundern, dass Unternehmer, Manager und Wirtschaftsfunktionäre, die von Staatsaufträgen profitieren, nicht Klartext reden. Sie könnten ja Nachteile haben und ein wichtiges Geschäft verlieren. Dieses Denken beeinflusst die Arbeit der Lobbyverbände in Berlin und in Brüssel. Deswegen suchen sie die Nähe zur Politik und untergraben damit wichtige Debatten, die eigentlich dringend geführt werden müssten, um das Land voranzubringen. In der aktuellen Krise wird das wieder deutlich."

Wir steuern auf eine grandiose Wirtschaftskrise zu. Die horrenden Gas- und Energiepreise sind nur ein Symptom. Die Ursachen liegen tiefer, und sie wachsen seit längerer Zeit. Unternehmen stehen vor dem Ruin, viele Privathaushalte können ihre Energiekostenrechnungen nicht mehr bezahlen und müssen den Konsum einschränken. Es gibt Wirtschaftswissenschaftler wie den US-Professor Barry Eichengreen, die vor einer Deindustrialisierung Deutschlands warnen. Statt nun einen pragmatischen Politikweg einzuschlagen und Deutschland vor einem gewaltigen Wohlstandsverlust zu schützen, wird in Berlin weiter ideologisch regiert – weitgehend unreflektiert von der Medienlandschaft."

Ich kann mich nur wiederholen: Wir brauchen eine offene Diskussionskultur ohne Denkverbote. Eine offene, sachbezogene Diskussion, in die möglichst viele Menschen einbezogen sind, die täglich und mit großem Engagement für den wirtschaftlichen und kulturellen Reichtum unseres Landes arbeiten (...). Wir brauchen praktische, sinnvolle Lösungen und keine ideologischen und parteipolitischen Schranken."

Es lohnt sich, das ganze Interview im Original zu lesen. Und zum oben angeführten Einwand des Interviewers, dass "heute doch in Deutschland niemand wegen seiner Meinung verhaftet wird", wäre zu sagen, dass wir heute, nach fast zwei weiteren Jahren ungehemmten Wirkens von Innenministerin Nancy Faeser und ihrem Verfassungsschutzchef kurz davor stehen, dass auf

falsches Denken und ganz allgemein Regierungskritik Gefängnis droht.

Darüber gibt ein aktueller Artikel des investigativen Journalisten Boris Reitschuster unter dem Titel "Verfassungsschutz auf Abwegen: Andersdenkende als 'Delegitimierer' im Visier" Auskunft. Darin thematisiert Reitschuster die Problematik der vagen und potenziell missbräuchlichen Definition von "verfassungsschutzrelevanter Delegitimierung des Staates", wie sie neuerdings vom deutschen angeblichen "Verfassungsschutz" verwendet wird. Bereits jetzt werden unter dieser Kategorie zunehmend Menschen überwacht, die lediglich staatliche Institutionen oder politische Maßnahmen kritisieren, was tiefe Fragen über den Zustand der Demokratie im Deutschland der Ampelkoalition aufwirft.

Der Begriff "Delegitimierung" ist laut dem Artikel bewusst unscharf formuliert, was willkürliche und umfassende Überwachungsmaßnahmen gegen Kritiker ermöglicht, von denen inzwischen auch reichlich Gebrauch gemacht wird. Der Autor verweist darauf, dass es oft bereits ausreicht, in sozialen Netzwerken Kritik an der Corona-Politik oder anderen Regierungsentscheidungen zu äußern, um ins Visier des Verfassungsschutzes zu geraten. Dies stehe im Gegensatz zu den Grundprinzipien der Demokratie, die gerade auf Meinungsvielfalt und Kritik am Staat angewiesen ist. Kritiker zu kriminalisieren, stellt vielmehr eine gefährliche Verschiebung in Richtung autoritärer Tendenzen dar.

Besonders brisant sei, dass die Bundesregierung in einer Anfrage zugegeben habe, dass bereits 1.600 Bürger wegen angeblicher "Delegitimierung des Staates" unter Beobachtung stehen. Der Verfassungsschutz, der ursprünglich zum Schutz der Demokratie geschaffen wurde, werde damit zu einem Instrument, das legitime Kritik unterdrückt und so den demokratischen Diskurs gefährdet. Diese Überwachungspraxis, so wie sie in autoritären Staaten üblich sei, drohe auch in Deutschland zur neuen Normalität zu werden.

In seinem Artikel fordert Reitschuster die sofortige Abschaffung dieses höchst fragwürdigen Straftatbestandes der "verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates", da die Freiheit, den Staat zu kritisieren, essenziell für das Funktionieren einer lebendigen Demokratie sei. Denn schon bald könnten alle Andersdenkende zu "Staatsfeinden" erklärt, überwacht und verfolgt werden. Diese Aussichten würden das Vertrauen in die aktuellen staatlichen Institutionen Deutschlands nicht gerade befördern, sondern im Gegenteil weiter aushöhlen.

* * *

Das neue Geschichtsbuch Deutschland – oder wie Fakten skrupellos verdreht werden

<https://freedert.online/meinung/218313-das-neue-geschichtsbuch-deutschland/>

07.09.2024

Nach dem Sturm der Empörung ruderte die Bundesregierung zurück und strich die "ehrwürdigen Generäle" wieder aus dem aktuellen Traditionserlass. Doch der Versuch, den Nationalsozialismus zu relativieren, folgt einem größeren Plan.

Von Tom J. Wellbrock

Im Traditionserlass von 2018 fanden nur Wehrmachtssoldaten einen Platz, die im Widerstand gegen den Nationalsozialismus waren. Doch die "Zeitenwende" und die damit verbundene Kriegstüchtigkeit führte zu einer unfassbaren Erweiterung:

"Die rund 40.000 von der Wehrmacht übernommenen ehemaligen Soldaten hatten sich zu

großen Teilen im Gefecht bewährt und verfügten somit über Kriegserfahrungen, die beim Aufbau der Bundeswehr unentbehrlich waren."

Den Grund für die Änderung lieferte Generalleutnant Kai Rohrschneider, der die Ansicht vertritt, es brauche Beispiele "für militärische Exzellenz, Einsatzbereitschaft und den Willen zum Kampf zum Ziel, wenn es der Auftrag erfordert". Damit lobt der Mann die Taten des Nationalsozialismus, er verneigt sich vor den Tätern des Zweiten Weltkriegs und ignoriert die Tatsache, in welchem Zusammenhang Exzellenz, Einsatzbereitschaft und der Wille zum Kampf stehen.

Mehr noch: Rohrschneider setzt die Taten der Wehrmachtsoldaten gleich mit denen, die er sich von der Bundeswehr wünscht. Letztlich bringt er eine einfache Formel zum Ausdruck: Egal wer, egal wie, Hauptsache, Russen werden getötet.

Der neue, dann wieder geänderte Traditionserlass war der Versuch, die Geschichte Deutschlands umzuschreiben und ihre Bedeutung zu verändern. Wenn die Taten von Wehrmachtsoldaten im Nachhinein zumindest teilweise geehrt werden, wird damit dem Regime von damals eine zumindest in Teilen gewisse Harmlosigkeit unterstellt, mehr noch: Es wird sogar als legitim betrachtet. Man denke nur kurz darüber nach, wie ein Traditionserlass in dieser Form beispielsweise im Schulunterricht vermittelt wird.

Die Tatsache, dass die neue Fassung nun doch nicht so aufgenommen wurde, spricht dafür, dass die Verfasser und die Entscheider sich ertappt gefühlt haben, sie spricht aber nicht dafür, dass die Rücknahme aus Einsicht erfolgt ist, im Gegenteil.

Der Georgienkrieg 2008

Nach dem 24. Februar 2022, als Russland die Ukraine angriff, haben sich diverse neue Erzählungen nach und nach durchgesetzt. Eine von ihnen lautet, dass Russland schon 2008 Georgien angegriffen habe, was als Beweis für das imperiale Bestreben Russlands angesehen wird. Das ist historisch falsch, weshalb etwa die deutsche Wikipedia eine ausweichende Formulierung gebraucht:

"Der Kaukasuskrieg 2008 (auch als Augustkrieg, Georgienkrieg oder Kaukasischer Fünftagekrieg bezeichnet) war ein militärischer Konflikt im Südkaukasus zwischen Georgien auf der einen und Russland sowie den von Russland unterstützten, international nicht anerkannten Republiken Südossetien und Abchasien auf der anderen Seite. Der Konflikt wurde auf georgischem Staatsgebiet ausgetragen.

Die offenen Kampfhandlungen zwischen Soldaten der georgischen Armee und südossetischen Milizverbänden begannen bereits im Juli 2008 und eskalierten in der Nacht zum 8. August, in der georgische Einheiten eine Offensive zur Rückgewinnung der Kontrolle über die ganze Region begannen. Daraufhin griffen aus dem Nordkaukasus russische Truppen an, drängten die georgische Armee zurück und rückten bis ins georgische Kernland vor. Bis zum Waffenstillstand am 12. August wurden insgesamt etwa 850 Menschen getötet sowie zwischen 2500 und 3000 Menschen verwundet."

Kein Wort vom Angriff Georgiens auf Russland, stattdessen die Hinweise auf von Russland anerkannten, aber international nicht anerkannten Gebieten, vom Versuch der Rückgewinnung der Kontrolle durch Georgien und schlussendlich von Angriffen Russlands auf den Nordkaukasus.

Auch die Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg spricht nicht von einem Angriff Georgiens:

"Seit Jahren schon schwelte der Konflikt um die abtrünnigen Regionen Abchasien und Südossetien zwischen Georgien und Russland. Am 8. August 2008 schlug der Konflikt in eine kriegerische Auseinandersetzung um. Russlands damaliger Präsident Dmitrij Medwedjew hatte bei einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats in Moskau 'Gegenmaßnahmen' gegen die 'Militäroffensive Georgiens' angekündigt. Russland griff daraufhin Georgien sowohl aus der Luft als auch über Land und See an. Der Krieg dauerte fünf Tage, weshalb er auch 5-Tage-Krieg genannt wird. Russlands Panzer hatten den Westen kalt erwischt. Der Kaukasus-Konflikt hatte große Auswirkungen auf das Verhältnis von EU und USA zu Russland. Die Ost-West-Beziehungen gerieten in eine ernste Krise."

Hier sind es speziell die in Anführungszeichen gesetzten Gegenmaßnahmen Russlands und die Militäroffensive Georgiens mit dem darauffolgenden Hinweis auf den Angriff Russlands, die das Bild vermitteln, Russland sei der angreifende Part in diesem Krieg gewesen. Durch einen Blick auf eine Meldung von *Reuters* vom 30. September 2009 kommt man zu gänzlich anderen Schlüssen:

"Moskau/Berlin (Reuters) – Der fünftägige Krieg zwischen Georgien und Russland ist im vergangenen Jahr vom georgischen Militär begonnen worden."

Zu diesem Ergebnis kommt eine von der EU eingesetzte Untersuchungskommission unter Leitung der Schweizer Diplomatin Heidi Tagliavini. Georgiens Angriff auf die nach Unabhängigkeit strebende Region Südossetien habe den Beginn des militärischen Konflikts markiert, hieß es in dem am Mittwoch vorgelegten Bericht. Die russische Reaktion zur Verteidigung sei zwar rechtmäßig gewesen. Allerdings seien die weiteren Schritte des russischen Militärs zum Großteil über das angemessene Maß hinausgegangen."

Die hier ohne Umwege genannten Fakten spielen in der heutigen politischen Wahrnehmung und Kommunikation keine Rolle mehr. Vermutlich glauben längst die meisten Menschen in Deutschland die Propagandalüge, Russland habe 2008 Georgien angegriffen. Richtiger wird es dadurch nicht.

Die Ukraine 2014

Der Krieg in der Ukraine, so hören und lesen Medienkonsumenten immer wieder, habe bereits im Jahr 2014 begonnen. Das ist insoweit korrekt, als nach dem US-amerikanisch finanzierten und initiierten Putsch 2014 die massiven und brutalen Angriffe Kiews auf die Ostukraine begannen. Weder der Donbass noch die Menschen auf der Krim wollten die neue Regierung in Kiew akzeptieren, sie wussten von der korrupten und faschistischen Dominanz und der Russenfeindlichkeit, die vom Westen der Ukraine ausgingen. 2014 begann also ein Krieg der Westukraine gegen die Ostukraine. Und speziell zu Beginn dieser Angriffe fiel es unzähligen Soldaten aus der Westukraine schwer, auf die Menschen der Ostukraine zu schießen, was kaum verwundern kann. Man stelle sich vor, von Berlin geschickte deutsche Soldaten würden auf die Menschen in Bayern oder Niedersachsen schießen.

Diese Art des Krieges kommt in der deutschen Erzählung aber nicht vor. Vielmehr wird behauptet, Russland habe die Ukraine im Jahr 2014 angegriffen, und zwar auf die Art, wie dies auch 2022 geschah. Bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), die zu großen Teilen von der Bundesregierung finanziert wird, lesen wir stattdessen:

"Russland annektierte 2014 in Reaktion auf den Kyiwer 'Euromaidan' die Krim und entfachte einen Krieg im Osten der Ukraine. Dort herrscht seitdem ein bewaffneter Konflikt, in dem bis heute Menschen sterben. Seit fünf Jahren versuchen Deutschland und seine westlichen Partner, diesen Konflikt durch Verhandlungen politisch zu lösen – bislang jedoch ohne Erfolg. Die Minsker Waffenstillstands-Vereinbarungen von 2014 und 2015 sind nicht"

umgesetzt.

Verantwortung dafür tragen die Akteure. Die separatistischen 'Volksrepubliken' in Donezk und Luhansk, die fast vollständig von Russland abhängig sind, haben seit 2014 diktatorische, quasi-staatliche Strukturen aufgebaut. Russland ist Konfliktpartei, weigert sich aber, dies anzuerkennen. Die Ukraine hat einige ihrer Verpflichtungen gemäß den Minsker Vereinbarungen erfüllt, andere nicht. Hinzu kommen negative Dynamiken auf allen Ebenen des Konflikts. Kyiw und die 'Volksrepubliken' driften immer weiter auseinander. Die humanitäre Notlage von Millionen Menschen entlang der Konfliktlinie ist bedrückend und droht in dauerhafte Armut und Unterentwicklung überzugehen."

Daran ist, abgesehen von den Jahreszahlen, nahezu alles falsch. Russland entfachte keinesfalls einen Krieg im Osten, das ist schlicht unwahr. Doch in den neuen Geschichtsbüchern Deutschlands wird stehen, dass Russland die Ukraine 2014 angegriffen habe. Ganz anders schildert das Francis Kennedy Jr., Neffe des berühmten US-Präsidenten John F. Kennedy:

"2014 haben wir den rechtmäßig gewählten Präsidenten der Ukraine Wiktor Janukowitsch gestürzt. Wir haben dafür fünf Milliarden Dollar über die CIA, USAID und das National Endowment for Democracy ausgegeben. Wir setzten eine Marionettenregierung ein, die, wie wir jetzt wissen, von den Neokonservativen im Weißen Haus, einschließlich Victoria Nuland, zwei Monate zuvor per Telefon ausgewählt worden war. Und sie entfesselte sofort einen Bürgerkrieg gegen die russische Bevölkerung im Donbass, verbot die russische Sprache, tötete 14.000 Menschen. Und dann organisierte sie Militärübungen mit der NATO. Es gab viele Provokationen."

Der inzwischen verstorbene Silvio Berlusconi befand:

"Wenn ich Premierminister wäre, würde ich nicht mit Selenskij sprechen, denn wir sehen die Verwüstung seines Landes und die Vernichtung von Soldaten und Einwohnern. Es hätte ausgereicht, die Angriffe auf die beiden autonomen Republiken des Donbass zu stoppen, dann wäre das, was jetzt passiert, nie passiert, deshalb sehe ich die Aktionen dieses Signors sehr negativ."

Und Roger Waters (Pink Floyd) bringt es auf den Punkt:

"Das Beste, was ihnen [den US-Bossen] in den letzten zehn Jahren passiert ist, ist der Konflikt in der Ukraine. Sie lassen ihn geschehen, weil sie davon wirklich profitieren. Schließlich verdienen sie unter anderem mit Kriegen Geld: Sie stellen Waffen her, verkaufen sie und machen damit Profit. Nicht du und ich oder normale Menschen investieren in die Rüstungsindustrie, sondern nur die Bonzen. Und in Kriegszeiten schießen ihre Einnahmen in die Höhe."

Die Liste mit Zitaten ließe sich fortsetzen, und wer sich ein wenig intensiver mit der Geschichte des Ukraine-Krieges befasst, kommt um die Fakten nicht herum. Auch deswegen werden die Fakten umgeschrieben, neu geschrieben, und sie finden Eingang in die offizielle Geschichtsschreibung.

Am Ende wird eine Erzählung stehen, die nicht beweisbar ist, die historisch falsch ist, die eine überdimensionierte Lüge darstellt. Aber wenn sie erst oft genug erzählt wurde, wird sie die Wahrheit verdrängt haben. Einmal mehr.

Tom J. Wellbrock ist Journalist, Sprecher, Podcaster, Moderator und Mitherausgeber des Blogs neulandrebelln.

* * *

Die Wahlen in den Vereinigten Staaten werden entscheiden, ob es einen Weltkrieg geben wird

<https://freedert.online/meinung/218480-wahlen-in-vereinigten-staaten-werden/>

09.09.2024

Die Strategie der Demokraten scheint inzwischen ziemlich klar zu sein. Sie wollen den US-Amerikanern weiterhin Sirup in die Ohren gießen, sie wachhalten und in einer "The show must go on"-Atmosphäre Kamala Harris als "totalen Erfolg" darstellen, bis die Wahl in der Tasche ist.

Von Wladimir Moschegow

Robert Kennedy war anfangs das größte Ärgernis im aktuellen US-Präsidentenwahlkampf. Er ging allen an die Gurgel. Seine Anschuldigungen gegen die Demokratische Partei wegen Kriegstreiberei (Neocons!), Kungeleien mit Bigfarma, Silicon Valley und Wall Street brachten ihm den Ruf eines Hardcore-Radikalen ein. Für die Presse war er ein abstoßender Anhänger aller Verschwörungstheorien auf einmal. Selbst seine Familie tat ihn als *enfant terrible* ab, das die Beherrschung verloren hatte und auf die schiefe Bahn geraten war. Aber seine extravagante Haltung brachte ihm 10 bis 15 Prozent oder sogar mehr der Stimmen ein – ein solider dritter Platz im US-Präsidentenrennen!

Je weiter Kennedy jedoch kam, desto mehr verlor er seine Position: Die starke Polarisierung der USA, die radikal gespalten sind und in entgegengesetzte Lager auseinanderdriften, ließ immer weniger Raum für eine dritte Kraft. Dies gilt umso mehr, als Kennedys Position "zwischen den Polen" immer unverständlicher wurde.

Kennedy hatte natürlich seine eigene Wählerschaft – die Anti-Kriegs-Linke: dasselbe Anti-Establishment, das sich vor dem Parteitag der Demokraten in Chicago versammelte und nostalgisch nach den revolutionären Sechzigern rief, als John F. Kennedy glänzte.

Es scheint, dass diese Nostalgie – die Erinnerung an seinen Onkel und seinen Vater als Märtyrer, die vom Establishment ermordet wurden – der Garant für den Erfolg von Robert Jr. war. Als typischer systemfremder Rebell schaute Robert wohlwollend auf Trump, und Trump schaute wohlwollend auf ihn.

Es schien, als ob daraus etwas werden könnte. Auf der Welle des Erfolgs begann Kennedy tatsächlich, stetig nach rechts zu driften. Sein erster Schritt bestand darin, die Demokratische Partei zu verlassen und als unabhängiger Kandidat in den Wahlkampf zu ziehen.

An irgendeiner Stelle hat sich Robbie jedoch verrechnet. Die Familie Kennedy gehörte immer zu den Demokraten. Robert Jr. wurde als alternatives Gesicht der Demokratischen Partei gesehen, und genau das brachte ihm Erfolg. Das heißt, dieselbe Sehnsucht nach der Vergangenheit, die auf die Verärgerung über den derzeitigen "roten" Geist der Demokraten zurückzuführen ist, die sich in ausgesprochene linke Sozialisten verwandelt haben.

Kurzum, sein Abgang enttäuschte viele. Kennedy selbst wurde, anstatt zu einem neuen Aushängeschild zu werden, zu einer bloßen Randfigur. Er begann, sowohl Anhänger als auch Sponsoren zu verlieren, sodass sein Stimmenanteil im ganzen Land heute nicht mehr als fünf Prozent beträgt. Als er sah, dass seine "dritte Kraft" schwächelte und ihm klar wurde, dass er

niemals US-Präsident werden würde, begann Kennedy zu zögern. Sein unverhohlenes Bemühen um Wählerstimmen (Versuche, sich mit der Harris-Administration zu treffen, die ihn einfach ignorierte) verärgerte selbst seine treuesten Anhänger.

Und dann passierte das, was passieren sollte – Kennedy sprach seine Unterstützung für Trump aus. Wäre dies ein paar Monate früher geschehen, hätte es für Aufsehen gesorgt. Aber damals wagte Kennedy keinen entscheidenden Schritt, und jetzt wird seine Unterstützung für Trump, die als erzwungener Schritt wahrgenommen wird, wohl kaum etwas bewirken.

Selbst ein sehr kleiner Prozentsatz an Stimmen in den Swing States kann entscheidend sein. Und jeder ist sich dessen bewusst. Diese Entscheidung Kennedys ist zwar verspätet, aber sie ist dennoch ein wichtiges Signal.

Die endgültige Distanzierung von der Demokratischen Partei hat Robert Jr. auch zu heftigeren Anschuldigungen veranlasst: "Die Demokratische Partei von heute hätten mein Vater und mein Onkel nicht anerkannt", sagt Kennedy – und das stimmt. Unter John und Robert Kennedy war sie die Partei der bürgerlichen Freiheiten und der Redefreiheit. Heute sei sie die Partei der Zensur, der Abriegelung und der medizinischen Zwangsmaßnahmen (Kennedy ist ein bekannter Impfgegner). Die alte Demokratische Partei war der Verbündete der armen und mittelständischen US-Amerikaner, heute seien die Harris-Kumpanen aber Vertreter der Wall Street und der Kriegstreiber (und das stimmt natürlich auch).

Ebenfalls stimmt, dass die Demokratische Partei sich ausschließlich auf eine mächtige Propagandakampagne mit infantilen Slogans und die Entfesselung von Emotionen (dies wird gemeinhin mit dem Wort "Joy" – Freude, Spaß, Positivität – bezeichnet) stützt, das heißt, sie behandelt die US-Amerikaner wie unterentwickelte Schulkinder.

Es stimmt aber auch, dass die Vereinigten Staaten ein Land mit einer überwiegend jugendlichen Mentalität sind, mit einer Bevölkerung, die sich leicht durch die primitivste Propaganda kontrollieren lässt. Warum also sollte die von der Harris-Bande gewählte Taktik nicht erfolgreich sein?

Leider hat es in den meisten Fällen (beginnend mit dem Ersten Weltkrieg und den Aktivitäten des legendären Ehepaars Lippmann-Bernays) funktioniert.

Die Demokraten von heute haben keine andere Wahl, als den Wählern weiterhin Sand in die Augen zu streuen. Und das ist eine Sache, die sie gut können. Wenn Joe Bidens altes, selbstfahrendes Großvaterauto, mit dem die Demokraten ins Weiße Haus fahren wollten, wieder einmal eine Panne hatte, waren sie immerhin so klug, es stehenzulassen und auf etwas Neues umzusteigen. Ja, "Giggly Harris", wie sie genannt wird, ist ein Geschöpf, das kaum weniger abscheulich ist als Sleepy Joe. "Seht sie euch an, sie ist verrückt", sagt Trump, und es scheint wahr zu sein, dass Kamalas geistige Entwicklung auf dem Niveau eines Fünfjährigen stehen geblieben ist, aber wen kümmert das schon wirklich?

Wenn 85 Prozent der Medien in das gleiche Horn blasen, die positive Energie von Joy ausstrahlen, und man alle administrativen Ressourcen in der Hand hat (und es gar nicht so schwer sein wird, die Stimmen in einigen wenigen Swing States zu manipulieren), dann hat man die Wahl in der Tasche. Und das ist es, was zählt.

Die Strategie der Demokraten scheint also inzwischen ziemlich klar zu sein: den US-Amerikanern weiterhin Amphetaminsirup der "Freudenenergie" in die Ohren zu gießen, sie wachzuhalten und in einer "The show must go on"-Atmosphäre Kamala als "totalen Erfolg" darzustellen, bis die Wahl in

der Tasche ist.

Es stimmt, dass das Einflößen von "Joy" in den Megastädten gut funktioniert, aber für die Menschen im einstöckigen Amerika ist es eher lästig. Es stimmt auch, dass es vielleicht nicht möglich ist, die Menschen noch drei Monate lang im Tonfall eines endlosen "Festes, das immer mit dir ist", zu halten – die Menschen werden einfach müde.

Schließlich können viele unvorhergesehene Dinge passieren. Was, wenn Kamala den Mund aufmacht und etwas sagt, das alle schockiert und entsetzt? Sie wird natürlich sorgfältig vor Journalisten geschützt, aber das kann nicht ewig so bleiben. In diesem Sinne ist das "Produkt Nummer zwei" der Demokratischen Partei genauso toxisch wie das bereits benutzte und weggeworfene Produkt "Opa auf Aufputzmitteln". Und die Debatte zwischen Harris und Trump steht ja auch noch an!

Abgesehen von den internationalen Angelegenheiten (die große weite Welt hat bereits erkannt, dass sie von einer provinziellen Bande Kulturfremder von einer verrückten Insel in Geiselhaft genommen wurde), ist diese Wahl ein echter Test für die US-amerikanische Nation. Und hier können wir nur hoffnungsvoll auf das Trump-Lager blicken. Es scheint in der Tat – trotz all seiner skandalösen Berühmtheit – die einzige Alternative zum Wahnsinn zu sein.

Kamalas PR-Leute gaben Trump und Vance den Beinamen "seltsam", den nun alle mit Freude wiederholen. Aus der Sicht der Demokraten sollte eine normale Person wirklich seltsam aussehen.

Doch das Trump-Lager wächst weiter: Die nüchternen Menschen im Land sind noch keineswegs ausgestorben. So erklärte nach Kennedy auch die ehemalige US-Kongressabgeordnete der Demokratischen Partei, Tulsi Gabbard, ihre Unterstützung für Trump. Sie war ebenfalls Demokratin und betrachtete sich als Liberale, allerdings der alten Schule, von der sich die aktuelle Demokratische Partei zu weit entfernt hat. Gabbard engagiert sich seit Langem gegen Kriege und bezeichnete das derzeitige Establishment der Demokratischen Partei als "eine Clique von Kriegstreibern".

In ihrer Rede auf einer Kundgebung in Detroit, bei der sie Trump ihre Unterstützung zusagte, fand Gabbard einige grundsätzliche Worte für den aktuellen Moment: In einer so entscheidenden Stunde für die Welt muss der US-Präsident die größte Verantwortung tragen – und im Gegensatz zu den verrückten Demokraten und Neocons ist Trump dieser Verantwortung gewachsen. Trump hat keinen einzigen Krieg begonnen, da er Krieg immer als "letzte und äußerste Maßnahme" ansieht. Und was könnte wichtiger sein in einer Zeit, in der die Menschen auf der ganzen Welt "näher denn je an einem Atomkrieg" sind.

Die nüchternen Stimmen inmitten der verrückten Show geben Anlass zur Hoffnung. Aber werden die US-Amerikaner auf sie hören? Wird es ins Bewusstsein des Landes dringen, dass die erneute Machtübernahme durch die Demokraten für die nächsten vier Jahre nur eines bedeuten wird – einen Weltkrieg?

Amerika ist gespalten. Zwei unversöhnliche Armeen ziehen zu einer entscheidenden Schlacht auf das Schlachtfeld. Und dieses Feld sieht mehr und mehr wie Armageddon aus: Auf der einen Seite sind unterschiedliche Menschen, die aber klarsichtig sind, und vor allem Menschen bleiben; auf der anderen Seite sind bizarre Kreaturen, die schon viel schwieriger zu identifizieren sind. Und wenn mich meine Empfindungen nicht täuschen, dann möchte ich natürlich, dass sich auch die US-Amerikaner nicht täuschen lassen.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 7. September 2024 zuerst auf der Website der

Zeitung Wsghlad erschienen.

Wladimir Moschegow ist ein russischer Publizist.

* * *

Diese Auswahl von Texten, die *RT DE* im September 2024 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf *RT DE* keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2024. Alle Rechte vorbehalten.